Nr. 6. Halle (Saale), Sonnabend, den 8. Januar 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 70 Pf. frei ins Haus. Durch die Post gleichfalls 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprecher 388. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 8. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit wurde auf dem größten Teile der Front durch die Witterung ungünstig beeinflußt. — Südlich des Hartmannsweilerkopfes wurde den Franzosen durch einen überraschenden Vorstoß ein Grabenstück entrissen; über 60 Jäger fielen gefangen in unsere Hand.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 7. Januar. Russischer Kriegsschauplatz. Der gestrige Tag verlief im Nordosten verhältnismäßig ruhig. Nur am Styr kam es vorübergehend zu Kämpfen. Der Feind besetzte einen Kirchhof nördlich von Czartorysk, wurde aber von österreichischer Landwehr bald vertrieben. — Heute früh eröffnete der Gegner wieder seine Angriffe in Ostgalizien. Turkestanische Schützen brachen vor Tagesanbruch gegen unsere Linie nordöstlich von Buczacz vor und drangen an einem schmalen Frontstück in unsere Gräben ein. — Die Honved-Infanterie-Regimenter Nr. 16 und 24 warfen aber den Feind in raschem Gegenangriff wieder hinaus. Es wurden zahlreiche Gefangene und drei Maschinengewehre eingebracht.

Wie aus Gefangenenaussagen übereinstimmend hervorgeht, ist vor den letzten Angriffen gegen die Armee Pflanzer-Baltin der russischen Mannschaft überall mitgeteilt worden, daß eine große Durchbruchsschlacht bevorstehe, die die russischen Heere wieder in die Karpathen führen werde. Zuverlässigen Schätzungen zufolge betragen die Verluste des Feindes in den Neujahrskämpfen an der bessarabischen Grenze und an der Strypa mindestens 50 000 Mann.

Montenegrinischer Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals von Koeveß haben die Montenegriner bei Mojkovac am Tara-Knie, bei Godusa nördlich von Berane und aus den Stellungen westlich von Rozaj und halben Weges zwischen Ipek und Plav nach heftigen Kämpfen geworfen. Unsere Spitzen sind 10 Kilometer von Berane entfernt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützkämpfe dauerten an vielen Stellen der Front fort und waren im Gebiete des Col di Lana, bei Flitsch, am Görzer Brückenkopf und im Abschnitt der Hochfläche von Doberdo zeitweise ziemlich lebhaft.

Vom Balkan.

Der Vierverband besetzt die Insel Milos? Das nicht sehr zuverlässige Budapester Blatt A Vilag läßt sich aus Athen drahten: Ungeheures Aufsehen erregt in der griechischen Hauptstadt die zur Veröffentlichung gelangte Mitteilung der englisch-französischen Heeresleitung in Saloniki, womit die griechische Regierung verständigt wurde, daß der Vierverband Truppen zur angeblichen Sicherung der Kriegsoperationen auf der Insel landete und erklärte, er werde diese für die Kriegsdauer besetzt halten.

Bei allen bisherigen Besetzungen griechischer Inseln war erklärt worden, daß die betreffenden Inseln noch immer nicht endgültig der griechischen Herrschaft unterworfen seien, weil die Türkei noch nicht die Aufhebung ihrer Oberhoheit erklärt habe. Um so peinlicher berührt es daher, daß der Vierverband es diesmal nicht für nötig hielt, sein Vorgehen irgendwie zu entschuldigen. Die griechische Presse stellt fest, daß die Erklärung der Besetzung von Milos zur Sicherung einer Operationsbasis eine Gefährdung Griechenlands sei, denn Milos liege auf dem halben Wege der Schiffahrtslinie Kreta—Athen.

Das türkisch-bulgarische Abkommen. Von dem Abkommen über die Berichtigung der bulgarisch-türkischen Grenze vom 6. September 1915, welches von den türkischen Kammern und der Sobranje angenommen wurde, ist nunmehr der Wortlaut veröffentlicht worden. Bemerkenswert sind dabei die Bestimmungen über das Recht der türkischen Regierung, die abgetretene Eisenbahnstrecke Kuleli—Burgas—Adrianopel in freiester Weise während fünf Jahren zu benutzen. Nach den erläuternden Noten zu Artikel 4 kann die türkische Regierung auf dieser Strecke in Friedens- und Kriegszeiten Rekruten, Truppen, Waffen, Munition, Lebensmittel usw. während der nächsten fünf Jahre ohne Einschränkung oder Kontrolle von seiten der bulgarischen Regierung befördern.

Notizen.

Einen Dämpfer für Wilson. Wie der Frankf. Ztg. aus Neuyork gedrahtet wird, erklären sich viele Demokraten gegen Wilsons Rüstungsprogramm. Unter ihnen befindet sich auch der Leiter der demokratischen Partei im Senat, Kern. — Man glaubt allerseits, daß die Differenzen mit Oesterreich-Ungarn zu keinem Bruch der diplomatischen Beziehungen führen werden, besonders deshalb nicht, weil der Kongreß augenblicklich mehr denn je gegen einen solchen wäre.

Amerika und die bewaffneten Handelsschiffe. Der italienische Dampfer Guiseppe Verdi ist mit zwei vierzölligen Schiffskanonen an Bord in Neuyork eingetroffen. Wie die Associated Preß aus Washington meldet, wird sich das Staatsdepartement inoffiziell an die italienische Regierung wenden und sie bitten, die Kanonen entfernen zu lassen, ehe das Schiff die amerikanischen Gewässer verläßt.

Wegen unrechtmäßiger Befreiung vom Heeresdienst von Soldaten, die von der Front kamen, sind in Bordeaux zwei Aerzte und ein Bureauvorsteher zu sechs Monaten, einem Jahr bezw. drei Jahren Gefängnis sowie entsprechenden Geldstrafen verurteilt worden.

Um die Wehrpflicht in England.

Die Zwangsdienstvorlage in erster Lesung angenommen.

Wie wir gestern noch kurz mitteilten, hat das englische Unterhaus in erster Lesung die Dienstpflichtvorlage mit 403 gegen 105 Stimmen angenommen. Dieses Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, da die Minderheit kleiner war, als man erwartet hatte. Allerdings wird auch mitgeteilt, daß sich etwa 150 Abgeordnete der Abstimmung enthalten haben, also wohl auch als Gegner der Zwangsdienstvorlage betrachtet werden können. Diese Gegnerschaft setzt sich aus den irischen Nationalisten, einem großen Teil der Liberalen und einer Anzahl Arbeiterparteiler zusammen.

Mit dieser Abstimmung im Unterhause steht nunmehr fest, daß es mit der Einführung des Wehrzwanges blutiger Ernst wird und daß England sich anschickt, den vielgeschmähten preußisch-deutschen Militarismus geradenwegs nachzuahmen. Wenn man sich zu diesem für England so bedeutungsvollen und weittragenden Schritte, der das ganze englische Wesen von Grund auf umwandeln muß, entschloß, so müssen in der Tat zwingende Gründe dafür vorhanden sein. Sie sind zum Teil bereits von unserem militärischen Mitarbeiter R. Gädke aufgezeigt worden, und er hat auch dargetan, daß die Annahme des Wehrpflichtgesetzes zugleich eine erhebliche Verlängerung des schrecklichen Krieges bedeuten wird. So schaffen hier neue Ursachen immer neue unheilvolle Wirkungen, und die Völker scheinen diesem blutigen Frevel gleichsam als Schlachtopfer machtlos ausgeliefert!

Freilich, noch ist ja der Dienstzwang in England nicht Gesetz, und die heftigsten Kämpfe für und gegen stehen dem Lande erst noch bevor. Vor allem stehen

die englischen Arbeiter

in schärfster Gegnerschaft zum Wehrzwange. Ob die ganze parlamentarische Vertretung der englischen Arbeiterklasse gegen die Vorlage gestimmt hat, geht aus den Berichten bisher nicht klar hervor, scheint aber zweifelhaft zu sein. Der Londoner Arbeiterkongreß hat sich gegen die Regierungsvorlage erklärt, wobei die Vertreter von 1 715 000 Mitgliedern die Vertreter von 934 000 Mitgliedern überstimmten. Ob man freilich daraus auf die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder selbst schließen darf, ist immerhin fraglich, denn von den organisierten Arbeitern stehen ja sicherlich Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende, in den Schützengräben in Flandern, Nordfrankreich, Griechenland, auf Gallipoli und am Suezkanal und überdies ist dem Kongreß, soviel man weiß, eine Urabstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht vorausgegangen, und wir wissen auch nicht, ob die Kongreßdelegierten erst eigens für diesen Kongreß gewählt wurden, der die Wehrpflichtfrage zu behandeln hatte. Jedenfalls aber haben die drei Vertreter der Arbeiterpartei in der Regierung, Henderson, Roberts und Brace dem Kongreßbeschluß, für ihre Person Rechnung getragen und haben ihre Ministerämter niedergelegt.

Die Verhandlungen auf dem Kongreß selbst waren, wie gemeldet wird, sehr lebhaft, und die Opposition war am lautesten, als Henderson die Regierungsvorlage unterstützte. Nun wissen wir, daß gegenüber der Frage der Wehrpflicht die historische englische individuelle Freiheit die größte Rolle spielte. Hat doch der konservative Führer Balfour erklärt, daß die Vorlage der größte Rückschlag sei, den man dem freisinnigen Leben in England zufügen könne und England habe mehr getan, als seine Freunde und Feinde und die Nation für möglich gehalten hätten. Damit spricht der Mann, der lange an der Spitze der englischen Regierung stand, offen aus, daß dieses Opfer englischer Freiheit von Englands Verbündeten auf das höchste eingeschätzt werden müsse.

Es wird nicht berichtet, daß auf dem Arbeiterkongreß oder im Unterhause irgendwelches Verlangen nach baldigem Friedensschluß erhoben worden wäre. Nach wie vor wissen wir nur, daß der Kriegsgegner Macdonald abseits von der Mehrheit der früher von ihm geführten Partei steht und wir müssen abwarten, ob etwa das Ausscheiden der Arbeitervertreter aus der Regierung weitergehende Folgen für die Haltung der Arbeiterpartei nach sich ziehen wird.

Wie der Rotterdamsche Courant aus London erfährt, halten die liberalen Blätter den Ausgang der Arbeiterkonferenz für ein sehr ernstes Ereignis. Der parlamentarische Mitarbeiter des Daily Chronicle schreibt: Der Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung ist unleugbar ein sehr ernster Schlag für die Regierung. Es kann ein tödlicher Schlag sein. Im Parlament wurde gestern über die Möglichkeit allgemeiner Neuwahlen sehr viel gesprochen. Kein verantwortlicher Politiker irgendeiner Partei wünscht jetzt Neuwahlen. Alles schreckt vor einem so gefährlichen Abenteuer zurück, das zwar eine starke politische Mehrheit ergeben kann, aber auch einen Riß in die Einigkeit der Nation bringe. Zweierlei ist klar: Wenn die gegenwärtige Regierung stürzt, würde Asquith zurücktreten und die neue Regierung ein viel strengeres Dienstpflichtgesetz einbringen, als die sehr gemäßigte Vorlage es ist, die Asquith einbrachte. Daily News wiederholt, daß irgendetwas geschehen müsse, um die Gefahren zu vermeiden, die aus den gestrigen Ereignissen entstanden. Sie appelliert an die Regierung, dem Freiwilligensystem mehr Zeit zu lassen und die Rekruten, die sie braucht, lieber auf diesem Wege als durch Zwang aufzutreiben. — Daily Graphic glaubt, daß es möglicherweise bald zur Auflösung des Parlaments kommen werde. Daily Telegraph zufolge urteilen einige der vornehmsten Mitglieder des Kabinetts, daß die Minderheit wegen der Vorlage den Grund zu Neuwahlen habe und daß die Wähler würden entscheiden müssen, ob die Vorlage angenommen werden müsse oder nicht. Daily Mail schreibt, man glaube in parlamentarischen Kreisen, daß im Lande eine große Mehrheit für Dienstzwang vorhanden sei. Einige Mitglieder der Regierung seien bereits zu der Ueberzeugung gelangt, daß Neuwahlen nicht nur unvermeidlich, sondern auch die beste Lösung der bestehenden Schwierigkeiten sein würden.

Der neue Kurs — Versammlungsverbote:

Ueber Rotterdam wird berichtet: Nach Londoner Telegrammen wurden von den Militärbehörden alle für die nächsten Sonntage in Großbritannien anberaumten Massenversammlungen gegen die allgemeine Wehrpflicht im Staatsinteresse verboten.

Entsprechen die Meldungen der Wahrheit, so würde das für das freie England geradezu unerhörte Versammlungsverbot nur beweisen, daß der Widerstand im Volke gegen den Wehrzwang sehr erheblich sein muß, und daß die Regierung allen Grund hat, ihn zu fürchten.

Die Stimmung unter den Arbeitern. In einer Unterredung mit Zeitungsberichterstattern erklärte der bekannte englische Arbeiterführer Robert Williams, er sei überzeugt, daß die englische Arbeiterschaft entschlossen sei, niemals den Wehrzwang anzuerkennen, unter welcher Form er auch auftreten möge.

Die Offensive der Russen.

50000 Mann Verluste.

Die hartnäckigen und verzweifelten Durchbruchsversuche der Russen an der rumänischen Grenze haben bis jetzt trotz der schweren Verluste der Angreifer keinerlei militärischen Erfolg gebracht. Der letzte österreichische Heeresbericht schätzt die Verluste, die den Russen ihre bisherigen Sturmangriffe auf die österreichisch-ungarische Front in Ostgalizien gekostet haben, auf 50 000 Mann. Die Russen gingen zuletzt strichweise in zwanzigfachen Sturmlinien zum Angriffe vor, doch wurden die russischen Mannschaften von der feindlichen Artillerie förmlich weggefegt. Für die Stärke des österreichischen Artilleriefeuers war es bezeichnend, daß an einer Stelle 400 schwere Geschosse innerhalb einer einzigen Stunde einfielen. Zuletzt bestanden die russischen Sturmkolonnen aus Regimentern der Reichswehren und Tscherkessen-Abteilungen. — Die österreichisch-ungarischen Linien in Bessarabien und an der Strypa halten unerschüttert stand.

Die Wiener Arbeiterzeitung weist in einem Artikel darauf hin, diese Kräfteentfaltung der Russen zeige, daß die Truppen, mit denen die Russen heute rechnen können, noch eine sehr beträchtliche Angriffskraft und sehr ansehnliche Verlustfähigkeit haben. Hier mache man von neuem die Wahrnehmung, daß die russischen Heere trotz der schwersten Niederlagen im moralischen Zusammenhalt keineswegs aufgelöst und daß der moralische Wert der Trupen nicht entscheidend herabgedrückt worden ist. Diese Tatsachen sich vor Augen zu führen, sei darum nützlich, weil es vor gefährlichen Irrmeinungen und Falschschätzungen behütet.

Ueber die Ursache der jüngsten starken Angriffe der Russen in dem bessarabischen Winkel sagt das Blatt: „Unmittelbar aber drängt sich die Frage auf die Lippen, ob die Offensive, die von den Russen an der verhältnismäßig schmalen ostgalizischen Front unternommen wurde, vereinzelt bleiben wird, oder ob wir ein Aufleben des Kampfes im ganzen Osten zu erwarten haben.

Für die erste Annahme spricht, daß die Russen jederzeit eine starke Neigung offenbarten, sich in dem bessarabischen Winkel stark und angriffsfähig zu zeigen, und daß die politischen Beweggründe, die für ihr Verhalten früher geltend gemacht wurden, jetzt erst recht wirksam sind. Während England und Frankreich Griechenland bestürmen, mag es den Russen besonders am Herzen liegen, vor den Rumänen den starken Mann zu spielen. Aber auch für die entgegengesetzte Annahme ließen sich Erklärungsgründe anführen, zumal da manches in den Erscheinungen darauf hinweist, daß die seit Monaten betriebene Wiederherstellung der russischen Heereskraft bis zu einem gewissen Punkte bereits gediehen ist. Hemmend freilich wirkt vor allem das Wetter, das, wie es scheint, auch in Rußland diesmal recht milde sich anläßt, so daß die Sümpfe, die für einen großen Teil der östlichen Fronten gewissermaßen als von Natur geschaffenes Hindernis wirken, einstweilen noch größeren offensiven Handlungen sich störend entgegenstellen. Ueber die Wucht und Richtung einer russischen Gesamtoffensive, über die Hauptpunkte ihres Eingreifens, ja auch nur über den wahrscheinlichen Zeitpunkt Mutmaßungen aufzustellen, wäre nicht nur verfrüht, sondern an sich ein recht müßiges Unterfangen. Daß es sich aber um keine Geringfügigkeit handelt, um kein gleichgültiges Nachwort zu Ereignissen, die alles bereits unveränderlich festgelegt haben, dürfte die wahrscheinlichere und jedenfalls die vorsichtigere Schätzung sein. . . . Es liegt im Wesen der Sache, daß es sich bei einer Offensive mit solchen Voraussetzungen um einen Versuch der Kraft, fast möchten wir sagen, der verzweifelten Kraft, handeln wird, bei der unsere siegerprobten Truppen neue schwere Proben auf sich nehmen werden müssen."

„Niedergeschlagenheit" in Petersburg. Nach Berichten über Stockholm beginnt in Petersburg eine sichtbare Niedergeschlagenheit über das Ausbleiben der erhofften Erfolge der großen russischen Durchbruchsoffensive in Ostgalizien. Pessimistisch äußern sich auch die meisten Petersburger Zeitungen in ihren Betrachtungen zum russischen Weihnachtsfest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0001
DFG

Parteidisziplin über Fraktionsdisziplin.

II.

Wenn unsere Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, so kann sie sich dafür nicht auf das Programm und auch auf keinen Beschluß eines Parteitages stützen. Aus dem Parteiprogramm und aus der allgemeinen schroff ablehnenden Stellung unserer Partei zu den Militärforderungen des heutigen Systems und unserer Gegnerschaft gegen den Krieg an sich sowie aus den entsprechenden Debatten und Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Kongresse kann man zweifellos weit eher die Pflicht zur Ablehnung der Kriegskredite folgern, obgleich auch in dieser Hinsicht kein positiver Beschluß vorliegt. Als die Mehrheit der Reichstagsfraktion aber im März 1915 nicht nur neuen Kriegskrediten, sondern auch dem Reichsbudget zustimmte, da handelte sie in offenem Widerspruch zu dem Beschluß des Magdeburger Parteitages, der die Budgetbewilligung ausdrücklich verbietet. Die Fraktionsmehrheit hat damit zweifellos einen Disziplinbruch begangen gegenüber der höchsten Instanz der Partei. Sie wird diesen Schritt vor dem ersten Parteitage nach dem Kriege zu verantworten haben und sie kann sich zu ihrer Rechtfertigung lediglich auf die Ausnahme-Situation des Kriegszustandes berufen.

Dieselbe Fraktionsmehrheit aber, die in so offener Weise die Parteidisziplin gebrochen hat, sucht jetzt die 20 Fraktionsmitglieder, die am 21. Dezember 1915 im Reichstage gegen die Kriegskredite stimmten, wegen der darin liegenden Verletzung der Fraktionsdisziplin als die schlimmsten Verbündigter an der Partei und ihren Organisationsgrundsätzen hinzustellen. Es ist die alte Geschichte: den Splitter in des Bruders Auge sieht man, aber den Balken im eigenen Auge nicht. Der Disziplinbruch der Fraktionsmehrheit gegenüber einem klaren Parteitagsbeschluß wiegt für die Mehrheit federleicht, aber die Verletzung des Mehrheitsbeschlusses der „höheren Wesen", der Fraktion, gilt ihr als Todsünde. So werden die Dinge jetzt auf den Kopf gestellt: die Fraktionsdisziplin wird für unverleßlicher erklärt als die Parteidisziplin. Dabei kann die Minderheit der 20 sowohl sachlich wie formell für ihr Vorgehen die allergewichtigsten Gründe anführen. Sachlich stehen die Dinge so: Nachdem neuerdings von maßgebender Stelle als Ziel des Krieges offen Eroberungen gefordert worden sind, verpflichten sowohl das Programm der Partei wie die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse direkt zur Ablehnung von Kriegskrediten. Formell aber kann sich die Minderheit darauf berufen, daß die selbstverständlichen Voraussetzungen für die Disziplin durch den Kriegszustand aufgehoben worden sind. Diese Voraussetzungen hat Bebel 1910 auf dem Magdeburger Parteitage mit folgenden Worten fixiert:

„Man hat aber selbstverständlich das Recht, gegen Beschlüsse, die einem nicht gefallen, zu opponieren, man kann sich darüber beschweren, man kann in Versammlungen, in der Presse und überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, Opposition dagegen machen, und versuchen, die Beschlüsse umzustürzen. Das ist das gute Recht der Minorität: . . . Die unterlegenen Genossen können dies Recht der Opposition ausüben, und wenn es ihnen gelingt, die Mehrheit der Partei auf ihre Seite zu bringen, dann sind sie die Sieger und die anderen die Unterlegenen."

Diese Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen ist der Minderheit heute abgeschnitten, sie kann die demokratischen Einrichtungen der Partei nicht benutzen, um die Mehrheit für sich zu gewinnen, ja, sie kann nicht einmal zeigen, daß sie in den Massen der Parteigenossen im Lande schon längst die Mehrheit hinter sich hat, sie kann das durch keinen Parteitag feststellen lassen. Die Situation ist für sie heute so, wie sie Genosse Haase auf dem Magdeburger Parteitage 1910 mit folgenden Worten skizzierte:

„Frank verlangt, man möge doch die Disziplin, die man fordert, vernünftig auslegen. Damit stimme ich überein, darüber gibt es keine Zweifel. Es ist ganz gewiß: wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird und die Verhältnisse, unter denen der Beschluß gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so würde jeder von uns, wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtpartei vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist. Aber unter einer Voraussetzung: wenn er weiß, daß er die Gesamtpartei hinter sich hat, oder sich wenigstens stützen kann auf die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen."

Auch jetzt besteht keine Möglichkeit, das Urteil der Gesamtpartei einzuholen, einen Parteitag zu befragen, aber zugleich darf die Minderheit der festen Ueberzeugung sein, daß sie sich stützen kann auf die „überwiegende Mehrheit der Parteigenossen" im Lande. Sollte die Minderheit in einer solchen Situation die Fraktionsdisziplin höher stellen, als die Verpflichtung, angesichts des Charakters des Krieges getreu dem Programm und den Parteitagsbeschlüssen zu handeln? Zwanzig Genossen der Minderheit glaubten, eine solche Passivität nicht mehr verantworten zu können.

Die Fraktionsmehrheit aber, die im Lande versucht, mit dem Popanz des „Disziplinbruchs" gegen die Minderheit der 20 Stimmung zu machen, setzt sich im Kern aus denselben Genossen zusammen, für die Genosse Frank 1910 auf dem Magdeburger Parteitage erklärte:

„Aber wir sind der Auffassung, daß . . . es Umstände gibt, in denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird . . . Wenn die Ausführung eines Parteibeschlusses der Bewegung schweren Schaden brächte, dann kann ein Disziplinbruch zur Pflicht werden."

Also selbst im Frieden, wo die Meinungsäußerung in der Partei nicht unterbunden ist, wo die Gesamtheit der Partei jederzeit durch einen Parteitag die endgültige Entscheidung fällen kann, trotzdem: der Disziplinbruch kann Pflicht sein! Und wie war's denn bei Kriegsausbruch? Genosse Edmund Fischer hat am 2. Februar 1915 unter allgemeiner Sensation in der Reichstagsfraktion offen und frei bekannt:

„Ich war am 4. August 1914 entschlossen, unter allen Umständen im Reichstage für die Kriegskredite zu stimmen, selbst wenn die Fraktion beschlossen haben würde, dagegen zu stimmen. Ich habe damals mit einer Reihe anderer Fraktionskollegen gesprochen, die mir gesagt haben, auch sie würden so handeln. Wäre es dazu gekommen, so hätten an 25 bis 30 Genossen damals entgegen dem Fraktionsbeschlusse im Plenum des Reichstages mit „Ja" gestimmt."

Wenn Edmund Fischer seinem freimütigen Bekenntnis, das seiner politischen Ehrlichkeit alle Ehre macht, damals hinzufügte: „Genossen, da wäre es eine erbärmliche Heuchelei von mir, wollte ich jetzt Lieblnechts Sondervorgehen verurteilen", so kennzeichnet dieser Ausspruch sehr treffend die Entrüstung, mit der manche Angehörige der Fraktionsmehrheit, besonders aber jene übrigen 25 bis 30 Genossen, die damals willens waren, die Fraktionsdisziplin zu brechen, über die 20, die jetzt die Kredite ablehnten, glauben herfallen zu müssen.

Wenn die Fraktionsmehrheit glaubt, vor dem nächsten Parteitage für ihren Disziplinbruch gegenüber dem Magdeburger Parteitagsbeschluß, über das Budget sich auf den Ausnahmezustand des Krieges berufen zu können, so kann die Minderheit der Zwanzig darauf verweisen, daß auch sie für eine Ausnahmesituation vorlag und sie kann mit zehnmal mehr Recht erwarten, daß der Parteitag ihr Vorgehen, das nur die Fraktionsdisziplin verletzt, aber im Einklang steht mit dem Programm der Partei und den Beschlüssen ihrer Parteitage, durchaus billigen wird. Der Parteitag würde sich selber degradieren, wenn er nicht aufs neue bestätigen würde: Die Parteidisziplin steht über der Fraktionsdisziplin!

Politische Uebersicht.

Die preußischen Kriegssteuern.

Die Berliner Politischen Nachrichten schreiben: Zugleich mit dem Staatshaushaltsplan für das neue Rechnungsjahr wird der preußische Finanzminister am 13. d. Mts. die Steuervorlage betreffend Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer einbringen. Es handelt sich dabei lediglich um ein Kriegssteuergesetz, das mit dem ersten Friedensetat wieder außer Kraft tritt. Die durch dieses Gesetz begründeten steuerlichen Mehrleistungen, die eine sehr erhebliche, besonders die zu den höchsten Sätzen veranlagten Einkommensteuerstufen scharf in Anspruch zu nehmende Erhöhung der geltenden Steuerzuschläge bedingen, haben also nur vorübergehende Geltung und werden nach Wiedereintritt normaler Friedensverhältnisse entbehrlich, da dann alsbald die Aufgabe einer organisatorischen Neuordnung der direkten Staatssteuern erneut in Angriff zu nehmen ist. Die Mittel für den jetzt benötigten Bedarf sollen beschafft werden durch Erhebung höherer Steuerzuschläge in der seit 1. April 1909 üblichen Form, wobei die Einkommensteuerstufen bis zu 1200 Mark einschließlich wie bisher außer Betracht bleiben. Das Mehraufkommen von rund 100 Millionen Mark, mit dem infolge der Erhöhung der Steuerzuschläge gerechnet wird, ist nicht erforderlich, um in dem neuen Staatshaushaltsetat das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Dieser Etat ebenso wie der Etat des laufenden Rechnungsjahres balanciert in Anlehnung an den Friedensetat mit den entsprechenden Kürzungen in Bedarf und Deckung ohne Zuhilfenahme einer Einnahmevermehrung. Aber das Rechnungsjahr 1914, das bisher letzte, das sich in seinen Ergebnissen voll übersehen läßt, hat in der Rechnung mit einem Fehlbetrage von 116 Millionen Mark abgeschlossen. Nach den in Preußen von jeher geltenden strengen Finanzgrundsätzen erscheint es unstatthaft, einen solchen Fehlbetrag in der Rechnung auf Anleihe zu übernehmen und dadurch zu einer dauernden Last für die Staatsfinanzen werden zu lassen. Um dies zu verhindern, bedarf es einer Vermehrung der ordentlichen Staatseinnahmen in der angegebenen Höhe.

Weitere Beschränkungen des Versammlungsrechtes.

Für den Bereich des 1. Armeekorps (Sitz Königsberg) ist folgendes verordnet worden: Soll in einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Versammlung ein Vortrag über militärische Angelegenheiten oder über die Kriegsziele gehalten werden, so muß er vorher schriftlich abgefaßt und die Niederschrift muß der zuständigen militärischen Zensurbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Genehmigung erfolgt durch schriftliche Bescheinigung. Der nicht genehmigte Inhalt darf nicht vorgetragen werden. Nach Beendigung des Vortrages ist die Versammlung sofort zu schließen. Derartige nichtöffentliche Versammlungen sowie die nichtöffentlichen Versammlungen politischer Vereine und alle sonstigen nichtöffentlichen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes und des etwaigen Redners bei der Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen. Der Zutritt zu einer nichtöffentlichen Versammlung eines politischen Vereins steht nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte zu (Türkontrolle). Fremde und Gäste dürfen nicht eingeladen werden. Den Polizeibehörden steht in den nichtöffentlichen Versammlungen die Ueberwachungs- und Auflösungsbefugnis zu. Die Auflösung hat insbesondere zu erfolgen, wenn Ausführungen gemacht werden, durch die die Einigkeit des deutschen Volkes gestört wird oder die eine Aufreizung der einzelnen Bevölkerungsklassen gegeneinander oder gegen die Staats- oder Kommunalbehörden enthalten. Die Verordnung findet keine Anwendung auf nichtöffentliche Versammlungen, die rein geselligen, religiösen oder Zwecken der Wohlfahrtspflege, der Förderung von Kunst und Wissenschaft dienen.

Milderung des Belagerungszustandes.

Unter dem Belagerungszustand, der seit Beginn des Krieges über ganz Deutschland verhängt ist, werden an sich unbedeutende Vergehen mitunter mit recht erheblichen Strafen geahndet. Die daraus sich ergebenden Härten sollen jetzt auf dem Wege der Gnade gemildert werden. Auf Anordnung der bundesstaatlichen Justizministerien müssen die Strafvollstreckungsbehörden von Amts wegen sämtliche noch nicht durch Strafvollstreckung erledigten Fälle daraufhin prüfen, ob es der Billigkeit entspricht, Gnadenweise zugunsten des Verurteilten zu befürworten. Eine solche Befürwortung soll überall dort erfolgen, wo anzunehmen ist, daß das Gericht unter normalen Verhältnissen nicht auf Gefängnisstrafe erkannt haben würde.

Der Zustand wird damit allerdings nicht gebessert, daß man die Entscheidung darüber, ob eine Gefängnisstrafe verbüßt werden soll oder nicht, den Staatsanwälten überträgt.

Ein wertvolles Zeugnis.

Die Sozialdemokraten haben während der ganzen Dauer des Krieges bereits auf die staatsrechtlichen Bedenken des Kriegszustandes hingewiesen, wie er bei uns durchgeführt wird. Unsere Darlegungen wurden aber mehr oder weniger entschieden als „unzutreffend" zurückgewiesen. Deshalb ist es beachtenswert, daß im Januarheft der Deutschen Juristenzeitung jetzt der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat und Senatspräsident des preußischen Oberverwaltungsgerichts Dr. G. Strutz in Berlin auf die Frage in folgender Weise eingeht. Er schreibt:

„Vor und in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch haben wohl wir alle unter der Suggestion gestanden, ein Weltkrieg könne nicht länger als einige wenige Monate dauern, weil kein Großstaat ihn länger aushalten könne. Die Folgen dieses Irrtums machen sich je länger je mehr auf den verschiedensten Gebieten geltend. Hätte man z. B. jemals ernstlich an die Möglichkeit gedacht, den „Kriegszustand" im Sinne des Artikels 68 der Reichsverfassung jahrelang und im ganzen Reichsgebiet aufrechterhalten zu müssen — wofür übrigens die regierungsseitig im Reichstag angeführten Gründe nicht ausreichen, da sie wohl Ausnahmemaßregeln auf einzelnen Rechtsgebieten, aber nicht den uneingeschränkten Uebergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbefehlshaber rechtfertigen können —, dann hätte man sicherlich ihm längst zeitgemäßere und klarere Rechtsgrundlagen gegeben, als das jetzt 64 Jahre alte, völlig veraltete, von vornherein unklare und nur auf einen kurzen Ausnahmezustand eines vom Feinde oder von inneren Unruhen unmittelbar bedrohten einzelnen Gebietsteiles zugeschnittene preußische Gesetz vom 4. Juni 1851. Denn es konnte keinem Einsichtigen verborgen bleiben, daß es je länger, je mehr zu Unzuträglichkeiten führen muß, für längere Dauer und im ganzen Gebiet eines großen Staatswesens, noch dazu eines Bundesstaates, die vollziehende Gewalt ohne gesetzliche Begriffsbestimmung und Umgrenzung in den Händen einer größeren Anzahl keiner verfassungsmäßig verantwortlichen Zentralstelle untergeordneter und den in Kriegszeiten doppelt schwierigen Aufgaben der Staatsverwaltung fremd gegenüberstehender Stellen ohne Verfassungs- und wirksame Rechtskontrolle zu belassen."

Dr. Strutz bespricht dann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auch die Kriegsbesoldungsordnung. Gegen sie haben die Sozialdemokraten ebenfalls während der ganzen Dauer des Krieges verfassungsmäßige Bedenken geltend gemacht und verlangt, daß namentlich die Offiziersbezüge herabgesetzt werden. Ein Antrag, der dies ausdrücklich forderte, wurde noch im Dezember im Ausschuß des Reichstages von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Hören wir nun, was ein Mann wie Dr. Strutz über die Besoldungsordnung sagt:

„Allerdings sind die Kriegsbesoldungsvorschriften nicht nur ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen, sondern auch m. W. amtlich nicht veröffentlicht, was man beides bedauern kann, weil dem Reichstage längst vor dem Kriege nicht hätte entgehen sollen, daß beides mit den Grundsätzen des Budgetrechtes eines Verfassungsstaates nicht verträglich ist, und weil nach dem Kriege doch Rechenschaft über die Kriegsbesoldungen der Offiziere und Beamten gefordert und gegeben werden muß. . . . Soviel ist . . . hierüber zuverlässig bekannt, um behaupten zu können, daß diese Bezüge, wenn auch vielleicht nicht ausnahmslos, erheblich über das, bei langer Kriegsdauer für die Finanzen, d. h. die Steuerzahler, erträgliche Maß hinausgehen. Ramdaß höher als im Frieden müssen sie natürlich sein, aber bei weitem nicht in dem Maße, in dem sie es sind. Die Leistungen eines Volksheeres können, wie überhaupt, nicht durch die Besoldungen der Einzelnen, so insbesondere auch nicht durch überreichliche, nach dem Dienstgrade abgestufte Besoldungen seiner Offiziere und Beamten abgegolten werden. Die Gefahren und zeitweisen Entbehrungen im Felde steigen auch nicht mit dem Dienstgrade des Offiziers, sondern richten sich nach der Verwendung des Einzelnen. . . . Besondere wirtschaftliche Opfer bringen im allgemeinen nicht die Berufsoffiziere — die überdies, wenn sie dienstfähig heimkehren, den wirtschaftlichen Vorteil besseren Vorwärtskommens haben. . . .

Jugendwehr-„Pflicht".

Die Regierung des Herzogtums Koburg hat eine Verordnung erlassen, wonach die männliche Jugend vom 16. Lebensjahre ab verpflichtet ist, an den Uebungen der Jugendwehr teilzunehmen. Versäumnis der Uebungen oder Ungehorsam gelten als polizeiliche Uebertretungen und werden mit Geld bis zu 30 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft. Die doppelte Strafe wird den Eltern und deren Stellvertretern sowie Dienst- und Lehrherren angedroht, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die jungen Leute zum Besuch der Uebungen angehalten werden.

Diese Verordnung ist mit Vorbehalt erlassen, weil der Landtag um seine Zustimmung nicht befragt werden konnte. Sobald der Landtag zusammentritt, wird ihm die Verordnung vorgelegt. Dieses Vorgehen eines einzelnen Staates ist sehr bedenklich, denn diese ganze Materie muß für das Reich einheitlich geregelt werden. Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen hat auch bereits angekündigt, daß er dem Reichstag einen nach dieser Richtung hinzielenden Initiativantrag unterbreiten wird.

Es gärt in — China.

Die russische Zeitung Rjetsch behandelt in einem Leitartikel den Ernst der Lage in China. Zwei japanische Kreuzer wurden aus der Südsee spielmäßig nach Wladiwostok beordert. Der Aufstand nehme zu. Südchina sei in den Händen der Revolutionäre. Nordchina, das sich noch in den Händen der Monarchisten befinde, würde sich der revolutionären Bewegung anschließen. Nur die Konservativen halten es noch mit Yuanschikai. Da ohne die Hilfe der Alliierten schwerlich die Ordnung wiederhergestellt werden könnte, würde der Aufstand den Vierverband nötigen, sich an einer militärischen Aktion in China zu beteiligen. — Die letztere Behauptung ist mehr kühn als richtig.

Unstimmigkeiten in Japan.

Russischen Nachrichten zufolge kam es in der letzten Sitzung des japanischen Parlaments bei der Schlußberatung zu stürmischen Szenen. Mehrere oppositionelle Abgeordnete griffen die Regierung wegen des Beitritts Japans zum Londoner Abkommen an. Dieser Schritt habe die Mitbilligung der japanischen Presse und eines großen Teiles der Gesellschaft hervorgerufen. Das neue Uebereinkommen mit England könnte die schlimmsten Folgen haben. Die Lage in Indien könnte Japan in ein neues Kriegsabenteuer hineinziehen. Viele Abgeordnete riefen aus: Dem Kriegsministerium neue Kredite bewilligen, würde heißen, das törichte Projekt der Truppensendung nach Europa zu fördern.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Der Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisationen, das ist die Vertretung der sechs Berliner Wahlkreise und der Wahlkreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim, hat am Mittwoch mit 41 gegen 17 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Der Zentralvorstand billigt die von der Fraktionsminderheit im Reichstag abgegebene Erklärung und bedauert, daß nicht die gesamte Fraktion diese Erklärung abgegeben hat.

Das Vorgehen der zur Minderheit gehörenden Abgeordneten entspricht der ihnen durch ihr Mandat auferlegten Parteipflicht. Es enthält keineswegs einen Disziplinbruch und ist geeignet, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu fördern.

Der Vertreter Groß-Berlins wird beauftragt, im Parteiausschuß im Sinne dieses Beschlusses zu wirken."

Zur Streitfrage in der Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch abend eine Konferenz der in führender Stellung befindlichen Genossen der Stadt und des Herzogtums Braunschweig Stellung. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde die folgende Entschließung gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die vereinigte Vorständekonferenz, an der teilgenommen haben: der Bezirksvorstand (für das Herzogtum), der Kreis- und Ortsvorstand des 1. braunschweigischen Wahlkreises, der Vorstand des Gewerkschaftskartells und die politische Redaktion des Volksfreund erklärt ihr Einverständnis mit der Ablehnung der Kriegskredite im Plenum des Reichstags durch die 20 Fraktionsmitglieder.

Sie erblickt in dieser Abstimmung die Erfüllung der Pflichten, die die sozialistischen Grundsätze und die Beschlüsse der internationalen Kongresse jedem Sozialdemokraten auferlegen.

Die Konferenz bedauert, daß auch die übrigen Genossen der Minderheit diese Pflicht nicht erfüllt haben, sie erwartet, daß dieselben sich in Zukunft dem Vorgehen der 20 Genossen anschließen werden.

Die Konferenz erklärt, daß keine Fraktionsdisziplin gegen die Grundsätze des Sozialismus und die Beschlüsse der internationalen Kongresse bindend sein können.

Die Vorständekonferenz verurteilt dagegen das Verhalten der Mehrheit der Reichstagsfraktion, die durch ihr fortgesetztes Mundtotmachen der Minderheit im Reichstage erst die jetzige Situation heraufbeschworen hat."

Die am 2. Januar stattgefundene Kreisvorstands-Sitzung des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises befaßte sich mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und nahm folgende Entschließung an: „Der Kreisvorstand steht auf dem Standpunkt der Minderheit in der Fraktion. Er verurteilt aber auf das schärfste den Disziplinbruch der 20 Genossen. Er erblickt in dem Disziplinbruch eine Gefahr für die Einheit der Partei und bedauert, daß auch der Volksfreund verschiedentlich noch den Disziplinbruch fördert."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0002

Der Kreisvorstand für Kalbe-Aschersleben veröffentlichte einen Aufruf, der ein dringender Mahnruf zur Einigkeit genannt werden kann. Es heißt darin: „Es gibt leider sogenannte Parteigenossen, die, die tatsächlichen Verhältnisse völlig verkennend, auf eine Spaltung der Partei hinarbeiten. Ein solches Beginnen ist um so verwerflicher, als bei den gewaltigen Aufgaben, die der Partei in naher Zukunft bevorstehen und die alle bisherigen Aufgaben weit in den Schatten stellen werden, nichts notwendiger ist als die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Ein Parteigenosse, sei seine Stellung noch so hoch und sein Name bisher noch so sehr geachtet, der in diesem kritischen Moment an der Spaltung der Partei mitwirkt, sei es direkt, sei es indirekt, versündigt sich auf das allerschwerste nicht nur an der Partei, sondern an der gesamten Arbeiterschaft, für die die sozialdemokratische Partei die schweren Kämpfe zu führen hat."

Neue Erklärungen.

Der Genosse Haase versucht, den klaren Sachverhalt, wie er sich aus unserer übereinstimmenden Erinnerung und auf sofort niedergeschriebenen Notizen ergibt, zu verschleiern. Er behauptet, nur gesagt zu haben, er werde die Erklärung der Minderheit nicht verlesen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Haase, genau wie dem Plenum der Fraktion ohne Widerspruch seinerseits berichtet wurde, in der Vorstandssitzung am 17. Dezember erklärte, er werde die Sonderaktion nicht mitmachen. Das ist das allein Entscheidende. Erst am 20. Dezember, als Haase seinen Entschluß, sich an der Sonderaktion doch zu beteiligen, mitteilte, fügte er hinzu, daß er aber die Erklärung nicht selbst verlesen werde.

Berlin, 6. Januar 1916.

Der Fraktionsvorstand.

David. Ebert. R. Fischer. Molkenbuhr. Scheidemann.

Ich beabsichtige nicht, Erklärung auf Erklärung zu pfropfen. Abschließend bemerke ich nur, daß der von mir angegebene Wortlaut von mir sofort schriftlich fixiert worden ist. Es steht also Aussage gegen Aussage. Während ich jedoch den andern sofort den guten Glauben zubilligte, sprechen diese von einem Verschleierungsversuch. Das wirft ein Licht nicht nur auf die Verschiedenheit der politischen Sitten, sondern zeigt wohl auch jedem Urteilsfähigen, wo das Recht liegt.

Haase.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Reichssektion der Eisenbahner.

Unter dem Vorsitz des Sektionsleiters Brunner tagte am 2. Januar im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen der im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Eisenbahner. Wichtigster Gegenstand der Beratung war die Frage des Koalitionsrechtes. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Schumann und eingehender Diskussion faßte die Konferenz folgende Entschließung:

„Die am 2. Januar 1916 in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen der im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Eisenbahner hält nach wie vor an der grundsätzlichen Forderung der unbedingten Sicherung der Ausübung aller Staatsbürgerrechte für die in staatlichen Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegraphie) beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fest.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Aufhebung der gegen das Koalitions- und Versammlungsrecht der Eisenbahnarbeiter und Bediensteten gerichteten Bestimmungen durch die Eisenbahnverwaltungen.

Sie erblickt in der Beseitigung der die Gewerkschaften von den Eisenbahnbetrieben ausschließenden Verbote eine Möglichkeit, die Interessenvertretung der Arbeiter und Bediensteten so zu gestalten, daß etwa entstehende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweckes ihre Erledigung finden können.

Die Konferenz lehnt die auf Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechtes gerichteten Bestrebungen ab. Sie ist der Ansicht, daß die gesetzliche Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der in staatlichen Verkehrsanstalten Beschäftigten im Rahmen eines allgemeinen deutschen Arbeiterrechtes zu erfolgen hat."

Die Konferenz nahm weiterhin Stellung zum Verhalten der Sektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes gegenüber anderen Organisationen und trat dann ein in vorbereitende Erörterungen der nach dem Kriege zu schaffenden Organisationseinrichtungen. Die Verhandlungen nahmen durchweg einen allseitig befriedigenden Verlauf und werden nicht ohne befruchtende Wirkung auf die weitere Entwicklung der Organisation sein.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonntag, den 9. Januar: Veränderlich, kühler, Nachlassen der Niederschläge.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G.m.b.H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G.m.b.H., sämtlich in Halle.

In sämtlichen Abteilungen bringen wir

besonders preiswerte Waren

zum Verkauf.

Unter anderen empfehlen wir:

Damen- und Kinder-Bekleidung

darunter befinden sich:

Sportjacken aus neuen glatten u. karierten Stoffen . . . . . 12.00 bis 7.50 5.75
Astrachan-Mäntel prima Qualitäten, lange Formen 25.00 17.50
Astrachan-Paletots neue Formen in schiker Ausführung 19.50 16.50 13.50
Frauen-Mäntel a. schw. Eskimo, kleids. Form., auch extraweit 25.00 bis 15.50 10.50 9.75
Frauen- u. Backfisch-Mäntel a. einf. u. kariert. Stoffen . . . . 18.00 bis 9.75 6.50
Samt-Mäntel neue elegante Formen . . . . 36.00 bis 22.50

Samt-Paletots prima Qualitäten. Blusen- u. lose Gürtelformen . . . . . 35.00 bis 13.50
Jackenkleider a. farb., gl. Wollst., sowie schwarz u. mar. Kammg. 35.00 22.50 18.00 12.00 9.75
Kleiderröcke aus modernen Stoffen, glatt und kariert . . . 10.50 bis 4.50 3.50 3.00 2.25
Gesellschaftskleider ap. Form., a. Samt. Seide u. Wollstoff 38.00 25.00 22.50 18.00 13.50
Velour-Blusen aus guten Stoffen . . . . . 2.50 bis 98 Pf.
Wollene Blusen aus glatten und karierten Stoffen . . . . . 5.00 bis 2.75 2.25 1.85

Samt-Blusen schicke Formen 6.50 5.50 4.00
Seidene Blusen grosse Auswahl, gestreift, kariert und einfarbig, neue Formen . . 7.50 5.50 4.50
Weiße seidene Blusen schicke Formen 7.50 5.50 4.50
Morgenröcke u. Morgenjacken aus warmem, moll. Flausch-stoff, Kragen u. Manschetten, mit Seide oder Satin verziert 6.75 3.75 2.25 1.45
Mädchen-Mäntel aus meliert. u. einfarb. Winterstoff., off. u. geschloss. zu trag. 9.65 6.65 4.85 3.90
Mädchen-Kleider aus karierten und einfarbigen Stoffen . . 9.75 7.75 3.95 bis 98 Pf.

Grosse Auswahl
in:
Tüll-Gardinen weiss und creme Meter 48 38 Pf.
Tüll-Gardinen weiss und creme, gute Qualität . . . . . Meter 75 Pf.
Tüll-Gardinen weiss und creme, prima Qualität . . . . . Meter 95 Pf.
Künstler-Gardinen 2 Schals und 1 Querbehang . 6.50 4.90 3.75
Diwandecken aparte Muster Stück 13.25 7.85 6.65 3.85

Teppiche, Vorlagen u. Felle
zu ganz
enorm billigen Preisen.

Viele tausende Meter

Damen-Kleiderstoffe.

Besonders empfehlen:

Kräuselstoffe 70 cm breit Meter 95 85 75 Pf.
Hauskleiderstoffe doppeltbreit, Karos, Streifen und Melangen . . Meter 1.50 1.15 98 75 Pf.
Woll-Crepons . . . . . Meter 85 Pf.
Wollene Blusenstoffe grosse Muster-Auswahl . . Meter 1.75 1.65 1.50 1.25
Schwarze Stoffe doppeltbreit Meter 2.00 1.75 1.50 1.25

Cheviot-Karos doppeltbreit Meter 1.95 1.75 1.45 1.35
Kräuselstoffe 130 cm breit Meter 1.65 1.50 1.35
Reinwollene Rips-Karos grosse Farben-Auswahl . . . . . Meter 1.45
Mohair-Alpakas grosse Farben-Auswahl . . . . . Meter 1.45 1.38
Kostümstoffe meliert, 130 cm brt. Meter 2.50 2.25 1.95

Grosse Auswahl
in:
Kinder-Hütchen garniert . . . . Stück 75 Pf.
Damen-Samt- u. Plüsch-Formen schwarz und farbig, Stück 1.50
Damen-Felbel-Formen schwarz und farbig Stück 4.00
Regenhüte wasserdicht . . . . . Stück 3.50
Regenschirme für Damen und Herren, Stück 4.35 3.25 2.85 1.95

Garnierte Damen- u. Kinderhüte
zu ganz
enorm billigen Preisen.

Grosse Auswahl in
Pelz-Kragen
und
Pelz-Schals
Prima Qualitäten
moderne Formen
zu ganz **enorm billigen** Preisen.

Viele tausende

Damen- und Kinder-Schürzen.

Besonders empfehlen:

Knaben-Schürzen aus gestreiftem Waschstoff, Grösse 50 jetzt 45 Pf., Grösse 45 . . Stück 38 Pf.
Farbige Tändelschürzen aus bestem Satin . . . . . Stück 78 Pf.
Hausschürzen ohne Latz, mit Volant und Tasche . . . . . Stück 88 Pf.
Blusenschürzen aus gestreift. Waschstoff, mit farbig. Borte garniert . . . . . Stück 98 Pf.

Weisse Teeschürzen aus Stickereistoff, mit Träger . . . . . Stück 98 Pf.
Kleiderschürzen aus gestreiftem Waschstoff . . . . . Stück 1.18
Blusenschürzen aus modefarbigem Waschstoff, m. gestickter Borte garniert . . . . . Stück 1.38
Kleiderschürzen aus blau-weiss getupft. Waschstoff, m. farbigem Besatz . . . . . Stück 1.78

Viele tausende Stück
Damen-, Herren-
und
Kinder-Wäsche
Erstklassige Verarbeitung
beste Stoffe
zu ganz **enorm billigen** Preisen.

Der beschränkte Raum gestattet **nur** einen geringen Bruchteil von den überaus günstigen Angeboten anzuführen.

Die Besichtigung unserer Schaufenster ist sehr lohnend.

4315

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. d. S., Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 08-12/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8¼ Uhr.

Gastspiel des rheinischen Komikers

Jean Blatzheim mit eigener Gesellschaft und Ausstattung.

Infanterist Pflaume

Schwank aus der Jetztzeit von Neal und Ferner mit **Jean Blatzheim** als **Tobias Pflaume.**

Lachsalve auf Lachsalve! 4336

Morgen, Sonntag, 4 und 8 Uhr, 2 Vorstellungen.

Nachmittags **kleine Preise.** Erwachsene ein Kind frei.
Tageskasse Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen.
Infanterist Pflaume: Letzter Sonntag! — Infanterist Pflaume: Nur noch einige Tage! — Montag, zum 13. Male: Infanterist Pflaume.

Volkspark

Burgstr. 27.

Angenehmer Familien-Aufenthalt.

Heute, Sonnabend, 8. Januar, abends **8** Uhr in den unteren Räumen:

:: Grosses Instrumental-Konzert ::

ausgeführt von dem **Rohland-Orchester.** 4335

Morgen, Sonntag, mittags und **abends:**

Musikalische Unterhaltung.

Hierzu ladet ein **Die Geschäftsleitung.**

Neue Kapelle! **Neue Kapelle!**

Ecke Gr. Ulrichstr. **Konzerthaus Oberpollinger,** Jägergasse 1.

Täglich erstklassiges **Künstler-Konzert,** ausgeführt von 8 Damen u. 1 Herrn, unter Leitung der Geigen-Virtuosin Fräulein **Cornell.**
Um regen Zuspruch bittet **Richard Beth-Winter,**
Neue Kapelle! 4237 zurzeit auf Heimatsurlaub.

Konzerthaus Vaterland

G. Heinebrodt. **Landwehrstraße 3.** Am Riebeckplatz.

Täglich: Künstler-Konzert. Anfang 7 Uhr.
Neu! Rheinisches Kunst-Ensemble. Neu!
Hauptschlager: **Sturm auf Lüttich.** 4299
Mittwoch nachmittags: **Damen-Kaffee-Kränzchen.**

Gr. Steinstrasse 24.

Stimmungs-Kellner **Leo Büro.**

Kaiser-Saal.

Täglich

Gr. patriotische Konzerte

des uniformierten Trompeter-Korps **„Union"** (Militärmusik). 4330

100 neueste Lichtbilder von den Kriegsschauplätzen.

Im Nachmittags-Konzert erhalten die Kinder **reizende Geschenke gratis!**

Humor! Stimmung! Humor!

Kaiser-Kaffee Angenehmer Aufenthalt! Vorzügliche Bewirtung!

Inhaber: **G. Sievogt.**

Stimmungs-Kellner **Leo Büro.**

Hallischer Hausfrauenbund E. V.

Auf Veranlassung der zuständigen Reichsstelle und mit Unterstützung der hiesigen städtischen Teuerungsdeputation findet am **11. Januar, abends 8¼ Uhr,** im Saale des **Gasthauses „St. Nikolaus"** ein 4323

Vortrag

des Sachverständigen der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin, Herrn **Dr. Max Wittenberg,** über:

Fleischlose Tage u. Kriegs-Fischkost statt.

Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten werden hierzu eingeladen. Der Zutritt ist frei!

Im Anschluß an den Vortrag werden Kostproben unentgeltlich verteilt. **Der Vorstand.**

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle a. Saale. Harz 42/44.

.: Ständiger, billiger Verkauf :.

von 4325

Kostümen, Röcken, Mänteln,

ausserdem äusserst günstige **Gelegenheit** zum Einkauf von

Stoffresten jeder Art.

Beachten Sie meine Schaufenster.

Franz König, Rannischestr. 20/21 und Nr. 3.

Bei Haut- u. Harn-Leiden

lese jeder meine Broschüre „Gift- und Kräuterkuren". Gegen Einsendung von 30 Pfg. in Briefmarken an die Firma **Pahlmann & Co., Berlin 455, Müggelstraße 28 a,** erfolgt die Zusendung in geschlossenem Kuvert ohne Aufdruck.

Dr. med. Geyer, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden.

Passage-Theater. **Astoria-Lichtspielhaus.**

Die Filmsterne

dieser Woche: 4328

Unübertroffen! **Einzig!**

Maria Carmi-Vollmoeller in **Spinolas letztes Gesicht.** 5 Akte. Tragödie.

Asta Nielsen die Universal-Künstlerin als **falsche Asta Nielsen** Lustspiel in 3 Akten.

Thalia-Theater

Sonntag, 9. Januar, abds. 8 Uhr: Einmaliges Gastspiel von Mathe Basté mit ihrem eigenen Ensemble:

Die grosse Leidenschaft, Lustspiel von R. Auernheimer.
Vorverkauf an der Kasse d. Stadt-Theaters und an den übrigen Vorverkaufsstellen. 4317

Zoo!

Sonntag, den 9. Januar 1916 nachmittags 3½ Uhr:

Grosses Konzert vom Görlach-Orchester.

Eintrittspreise: 4324
Erwachs. 30 Pf., Kinder 20 Pf.
Militär ohne Dienstgrad vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Petroleum-Ersatz.

4333

Für jede Petroleum-Lampe pass. ist d. Krieg-Spiritusbrenner, M. 4.—

Max Sehel, Halle (Saale), Steinweg 45, Ammendorf, Bahnhofstr. 3.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.** Fernruf 1181.

Sonntag den 9. Januar 1916 nachmittags 3½ Uhr:
Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Die Zauberflöte.

Oper in zwei Aufzügen von W. A. Mozart.
Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 3½ Uhr. Ende 6 Uhr.

Abends 7½ Uhr:
130. Vorstellung.
Herrschaftlicher Diener gesucht!
Schwank in 3 Aufzügen von Eugen Burg u. Louis Taufstein.
Hierauf:
Die schöne Galathee.
Operette in einem Aufzug von Franz von Suppé.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
4316 Ende 10¼ Uhr.

Montag den 10. Januar 1916
131. Vorstellung.
Montag-Stammkarten gültig.
Der Bettelstudent.
Operette in 3 Aufzügen von C. Millöcker.

Unser

Inventur-Ausverkauf

beginnt

Montag, den 10. Januar ds. Js.

Beachten Sie unser Inserat in nächster Nummer.

Wiebachs Schuhwarenhaus,

Kleine Ulrichstrasse 12. 4321

Burg-Theater:

4311

1. **Feinsinniges Lustspiel aus Berlin.** 3 Akte.
2. 3. **Der Reichtum des Grafen.** 2 Akte.
Wenn die Liebe spricht. 2 Akte.

Dieser Kragen kostet **85 Pfg.,** erspart Wasch- und Plättkosten. 4313
Dauerwäsche Marke **Waschbär** Kl. Berlin 2, I.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden"

4320

Fernsprecher 2557. **H. Gericke** Fleischerstr. 10/11.

Gewissenhafte, würdige Ausführung von Beerdigungen.
Feuerbestattungen nach allen Krematorien.
Ueberführungen von und nach auswärts. :: Eigenes Geschirr.

Möbel-Fabrik u. -Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut, solid gearbeiteter Möbel- u. Polsterwaren, der Zeit anpassend zu billigsten Preisen. 4322
H. Bergmann, Tischlermeister.

Krätze entstellende Hautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne Berufsstör. unter gleichz. Anwend. einer gründl. Blutreinigungskur. Die Behandl. erf. innen u. äußerlich u. heilt sich jährl. tausd. verzgl. Fälle. „Salus", Bochum 51, Lutzenstr. 11. Vers. u. s. w. Mäßige Preise. Personenzahl ausreichend. *1563

Achtung, Hausfrauen!
Zahle für **wollene Strumpfabfälle höchste Tagespreise,** sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 4077
Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Alle Sorten Felle kaufen 4319
Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Holzpantoffeln 4318
: mit prima Rindleder :
Max Fricke, Pantoffel-Fabrik.
Trotharstr. 69. Telefon 1879.
Filiale: Mansfelderstr. 4, neb. der Drogerie Reubke. Telefon 2950.

Kartons

zu

Feldpost-Paketen,

in verschiedenen Größen, sind zu haben in der

Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

Verordnung

über Höchstpreise für Wild im Kleinhandel.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Bundesrates über die Regelung der Fleisch- und Wildpreise vom 28. Oktober 1915 R.-G.-B., S. 716, und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. Dezember 1915 R.-G.-B., S. 851, wird folgendes angeordnet:

§ 1. **Der Preis für Wild bei Abgabe im Kleinhandel an Verbraucher darf für beste Ware folgende Sätze nicht übersteigen:**

bei Rot- und Damwild für 0,5 Kilogramm	1.40 M.
„ Rehwild für 0,5 Kilogramm	1.80 „
„ Wildschweinen im Gewichte von mehr als 30 Kilogramm für 0,5 Kilogramm	1.20 „
„ Wildschweinen im Gewichte bis zu 30 Kilogramm (Frischlinge) für 0,5 Kilogramm	1.50 „
„ Hasen ohne Fell, im ganzen, für das Stück	4.75 „
„ Hasen ohne Fell, zerlegt, für das Stück	5.00 „
„ Hasen mit Fell, im ganzen, für das Stück	5.25 „
„ Kaninchen ohne Fell, für das Stück	1.50 „
„ Kaninchen mit Fell, für das Stück	1.60 „
„ Fasanenhähnen, für das Stück, mit Federn	3.50 „
„ Fasanenhennen, für das Stück, mit Federn	3.00 „

§ 2. **Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als 10 Kilogramm zum Gegenstande hat.**

§ 3. **Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe des § 7 der eingangs erwähnten Bundesrats-Verordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft. Der Handelsbetrieb kann wegen Unzuverlässigkeit untersagt werden. Außerdem kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist, und neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.**

§ 4. **Die Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die hiesige Verordnung vom 10. Dezember 1915 aufgehoben.**

Halle a. d. S., den 6. Januar 1916.

F. **Der Magistrat.**

Trauer-

Kleiderstoffe	Schleier 4331
Fertige Kleider	Schürzen
Kostümröcke	Handschuhe
Blusen	Hut- und Armflor
Unterröcke	Crepe
Taschentücher	Ledertaschen

Grosse Auswahl. **Billigste Preise.**
Auf Wunsch Auswahlsendungen.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstr. 22/23. **Telephon 1067.**

Familien-Nachrichten.

Am Donnerstag, 6. Januar, nachmittags 2½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Karoline Schmidt geb. **Bischoff,**

im Alter von 54 Jahren. 4312

Dies zeigt tiefbetrübt an

Halle, Adolfstr. 6. Reinhold Schmidt u. Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag, 9. Januar, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Nord-Friedhofes aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0004

Halle, 8. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 6 — 1916.

Michael Kohlhaas.

Historische Erzählung von Heinrich v. Kleist.

An den Ufern der Havel lebte um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts ein Roßhändler namens **Michael Kohlhaas**, Sohn eines Schulmeisters, einer der rechtschaffensten zugleich und entsetzlichsten Menschen seiner Zeit. — Dieser außerordentliche Mann würde bis in sein dreißigstes Jahr für das Muster eines guten Staatsbürgers haben gelten können. Er besaß in einem Dorfe, das noch von ihm den Namen führt, einen Meierhof, auf welchem er sich durch sein Gewerbe ruhig ernährte; die Kinder, die ihm sein Weib schenkte, erzog er in der Furcht Gottes, zur Arbeitsamkeit und Treue; nicht einer war unter seinen Nachbarn, der sich nicht seiner Wohltätigkeit, oder seiner Gerechtigkeit erfreut hätte, kurz, die Welt würde sein Andenken haben segnen müssen, wenn er in einer Tugend nicht ausgeschweift hätte. Das Rechtsgefühl aber machte ihn zum Räuber und Mörder.

Er ritt einst, mit einer Koppel junger Pferde, wohlgenährt und glänzend, ins Ausland, und überschlug eben, wie er den Gewinnst, den er auf den Märkten damit zu machen hoffte, anlegen wolle: teils nach Art guter Wirte auf neuen Gewinnst, teils aber auch auf den Genuß der Gegenwart: als er an die Elbe kam, und bei einer stattlichen Ritterburg, auf sächsischem Gebiete einen Schlagbaum traf, den er sonst auf diesem Wege nicht gefunden hatte. Er hielt in einem Augenblick, da eben der Regen heftig stürmte, mit den Pferden still, und rief den Schlagwärter, der auch bald darauf mit einem grämlichen Gesicht aus dem Fenster sah. Der Roßhändler sagte, daß er ihm öffnen solle. Was gibt's hier Neues? fragte er, da der Zöllner nach einer geraumen Zeit aus dem Hause trat. Landesherrliches Privilegium, antwortete dieser, indem er aufschloß: dem Junker Wenzel von Tronka verliehen. — So, sagte Kohlhaas. Wenzel heißt der Junker? und sah sich das Schloß an, das mit glänzenden Zinnen über das Feld blickte. Ist der alte Herr tot? — Am Schlagfluß gestorben, erwiderte der Zöllner, indem er den Baum in die Höhe ließ. — Hm! Schade! versetzte Kohlhaas. Ein würdiger alter Herr, der seine Freude am Verkehr der Menschen hatte, Handel und Wandel, wo er nur vermochte, forthalf, und einen Steindamm einst bauen ließ, weil mir eine Stute draußen, wo der Weg ins Dorf geht, das Bein gebrochen. Nun! Was bin ich schuldig? — fragte er; und holte die Groschen, die der Zollwärter verlangte, mühselig unter dem im Winde flatternden Mantel hervor. „Ja, Alter," setzte er noch hinzu, da dieser: hurtig! hurtig! murmelte, und über die Witterung fluchte: „wenn der Baum im Walde stehen geblieben wäre, wärs besser gewesen, für mich und euch;" und damit gab er ihm das Geld und wollte reiten.

Er war aber noch kaum unter den Schlagbaum gekommen, als eine neue Stimme schon: halt dort, der Roßkamm! hinter ihm vom Turm erscholl, und er den Burgvoigt ein Fenster zuwerfen und zu ihm herabeilen sah. Nun, was gibts Neues? fragte Kohlhaas bei sich selbst, und hielt mit den Pferden an. Der Burgvoigt, indem er sich noch eine Weste über seinen weitläufigen Leib zuknöpfte, kam, und fragte, schief gegen die Witterung gestellt, nach dem Paßschein. — Kohlhaas fragte: der Paßschein? Er sagte, ein wenig betreten, daß er, soviel er wisse, keinen habe; daß man ihm aber nur beschreiben möchte, was das für ein Ding des Herrn sei: so werde er vielleicht zufälligerweise damit versehen sein. Der Schloßvogt, indem er ihn von der Seite ansah, versetzte, daß ohne einen landesherrlichen Erlaubnisschein kein Roßkamm mit Pferden über die Grenze gelassen würde. Der Roßkamm versicherte, daß er siebzehnmal in seinem Leben, ohne einen solchen Schein, über die Grenze gezogen sei; daß er alle landesherrlichen Verfügungen, die sein Gewerbe angingen, genau kennte; daß dies wohl nur ein Irrtum sein würde, wegen dessen er sich zu bedenken bitte, und daß man ihn, da seine Tagereise lang sei, nicht länger unnützerweise hier aufhalten möge. Doch der Vogt erwiderte, daß er das achtzehntemal nicht durchschlüpfen würde, daß die Verordnung deshalb erst neulich erschienen wäre, und daß er entweder den Paßschein noch hier lösen, oder zurückkehren müsse, wo er hergekommen sei. Der Roßhändler, den diese ungesetzlichen Erpressungen zu erbittern anfingen, stieg nach einer kurzen Besinnung vom Pferde, gab es einem Knecht und sagte, daß er den Junker von Tronka selbst darüber sprechen würde. Er ging auch auf die Burg; der Vogt folgte ihm, indem er von filzigen Geldraffern und nützlichen Aderlässen derselben murmelte; und beide traten, mit ihren Blicken einander messend, in den Saal.

Es traf sich, daß der Junker eben mit einigen muntern Freunden beim Becher saß und um eines Schwanks willen ein unendliches Gelächter unter ihnen erscholl, als Kohlhaas, um seine Beschwerde anzubringen, sich ihm näherte. Der Junker fragte, was er wolle; die Ritter, als sie den fremden Mann erblickten, wurden still; doch kaum hatte dieser sein Gesuch, die Pferde betreffend, angefangen, als der ganze Troß schon: Pferde? Wo sind sie? ausrief und an die Fenster eilte, um sie zu betrachten. Sie flogen, da sie die glänzende Koppel sahen, auf den Vorschlag des Junkers in den Hof hinab; der Regen hatte aufgehört; Schloßvogt und Verwalter und Knecht versammelten sich um sie, und alle musterten die Tiere. Der eine lobte den Schweißfuchs mit der Blesse, dem andern gefiel der Kastanienbraune, der dritte streichelte den Schecken mit schwarzgelben Flecken; und alle meinten, daß die Pferde wie Hirsche wären und im Lande keine besseren gezogen würden. Kohlhaas erwiderte munter, daß die Pferde nicht besser wären als die Ritter, die sie reiten sollten, und forderte sie auf, zu kaufen. Der Junker, den der mächtige Schweißhengst sehr reizte, befragte ihn auch um den Preis; der Verwalter lag ihm an, ein Paar Rappen zu kaufen, die er wegen Pferdemangels in der Wirtschaft gebrauchen zu können glaubte; doch als der Roßkamm sich erklärt hatte, fanden die Ritter ihn zu teuer, und der Junker sagte, daß er nach der Tafelrunde reiten und sich den König Artur aufsuchen müsse, wenn er die Pferde so anschlage. Kohlhaas, der den Schloßvogt und den Verwalter, indem sie sprechende Blicke auf die Rappen warfen, miteinander flüstern sah, ließ es aus einer dunklen Vorahnung an nichts fehlen, die Pferde an sie loszuwerden. Er sagte zum Junker: „Herr, die Rappen habe ich vor sechs Monaten für fünfundzwanzig Goldgülden gekauft; gebt mir dreißig, so sollt Ihr sie haben." Zwei Ritter, die neben dem Junker standen, äußerten nicht undeutlich, daß die Pferde wohl soviel wert wären; doch der Junker meinte, daß er für den Schweißfuchs wohl, aber nicht für die Rappen, Geld ausgeben möchte, und machte Anstalten, aufzubrechen; worauf Kohlhaas sagte, er würde vielleicht das nächste Mal, wenn er wieder mit seinen Gäulen durchzöge, einen Handel mit ihm machen; sich dem Junker empfahl und die Zügel seines Pferdes ergriff, um abzureiten.

In diesem Augenblick trat der Schloßvogt aus dem Haufen vor und sagte, er höre, daß er ohne einen Paßschein nicht reisen dürfe. Kohlhaas wandte sich und fragte den Junker, ob es denn mit diesem Umstand, der sein ganzes Gewerbe zerstöre, in der Tat seine Richtigkeit habe? Der Junker antwortete, mit einem verlegenen Gesicht, indem er abging: „Ja, Kohlhaas, den Paß mußt du lösen. Sprich mit dem Schloßvogt und zieh deiner Wege." Kohlhaas versicherte ihm, daß es gar nicht seine Absicht sei, die Verordnungen, die wegen Ausführung der Pferde bestehen möchten, zu umgehen; versprach bei seinem Durchzug durch Dresden den Paß in der Geheimschreiberei zu lösen, und bat ihn nur diesmal, da er von dieser Forderung durchaus nichts gewußt, ziehen zu lassen. „Nun!" sprach der Junker, da eben das Wetter wieder zu stürmen anfing und seine dürren Glieder durchsauste: „Laßt den Schlucker laufen. Kommt!" sagte er zu den Rittern, kehrte sich um und wollte nach dem Schlosse gehen. Der Schloßvogt sagte, zum Junker gewandt, daß er wenigstens ein Pfand zur Sicherheit, daß er den Schein lösen würde, zurücklassen müsse. Der Junker blieb wieder unter dem Schloßtor stehen. Kohlhaas fragte, welchen Wert er denn an Geld oder an Sachen zum Pfande wegen der Rappen zurücklassen solle? Der Verwalter meinte, in den Bart murmelnd, er könne ja die Rappen selbst zurücklassen. „Allerdings," sagte der Schloßvogt, „das ist das Zweckmäßigste; ist der Paß gelöst, so kann er sie zu jeder Zeit wieder abholen." Kohlhaas, über eine so unverschämte Forderung betreten, sagte dem Junker, der sich die Wamsschöße frierend vor den Leib hielt, daß er die Rappen ja verkaufen wolle; doch dieser, da in demselben Augenblick ein Windstoß eine ganze Last von Regen und Hagel durchs Tor jagte, rief, um der Sache ein Ende zu machen: „Wenn er die Pferde nicht loslassen will, so schmeißt ihn wieder über den Schlagbaum zurück!" Und ging ab.

Der Roßkamm, der wohl sah, daß er hier der Gewalttätigkeit weichen mußte, entschloß sich, die Forderung, weil doch nichts anderes übrig blieb, zu erfüllen; spannte die Rappen aus und führte sie in einen Stall, den ihm der Schloßvogt anwies. Er ließ einen Knecht bei ihnen zurück, versah ihn mit Geld, ermahnte ihn, die Pferde bis zu seiner Zurückkunft wohl in acht zu nehmen, und setzte seine Reise mit dem Rest der Koppel, halb und halb ungewiß, ob nicht doch wohl wegen aufkeimender Pferdezucht ein solches Gebot im Sächsischen erschienen sein könne, nach Leipzig, wo er auf die Messe wollte, fort.

(Fortsetzung folgt.)

Die Türkenvertreibung aus Ofen-Pest.

(Schluß.)

Dannenher die Türken sich bald wieder rekolligierten. Nacht und Tag wiedrum befestigten und heftigen Widerstand thaten. Maßen sie uns fünfmal im Sturm, nach Legung der Bresche, zurückgetrieben und abgeschlagen. Obwohl unsere Generalität gütige Aufforderung und Pardon thate, nach Kriegsgebrauch, wurden sie nur verbitterter. Hielten uns vor Hunde, welche die Festung nur anbellten. Machten mit denen vielen Franzosen, so darinnen waren, immer neue Anstalten und Kriegsliste, mit Schwefel, Pulver und Stankfäcken insonderheit; so auch die Weiber mit Gabeln unter unsere stürmende Soldaten warfen, daß sie ganz verbrenneten und sich zu funfzigen und hunderten, ganz nackend, schwarz und verbrennt, aus Angst in die daran fließende Donau gestürzet.

Viel Minen hatten sie auch gemacht. Wie noch mehr verborgene in der Stadt hernach mit sambt Kirchen und Gebäuden aufgingen. Wann unsere Leut vermeineten, einen okkupierten Platz zu bestehen, flohen sie unversehns in die Luft. Wie das erbärmlich anzusehen, da etliche gar verschüttet und verfallen, etliche mit einem Arm oder Bein, bei etlichen nur die Haare rausguckten!

(Nun sind die Brandenburger der Wirkung der türkischen Artillerie wegen genötigt, ein Stück entfernter ihr Lager aufzuschlagen.)

Ohngefähr den dritten Tag, da wir unser Lager bezogen und Trancheen vor uns gemacht und eine Wagenburg umb die Artillerie geschlagen, waren die eingerückten Schweden, deren etliche Regimenter bei den Sachsen stunden, mit ihrem tiefen Graben noch nicht fertig; welches dem Feind verraten wor. Deshalb sie des morgens frühe, als es kaum dämmerte, mit ihrer ganzen Armee durch diese Oeffnung uns in Lager gingen.

Ich hörte also zuerst Appell, hernach Lärm von der Reiterei blasen. Jch aus dem Zelt raus und sahe: siehe, da kam die ganze türkische Armee, wie ein Bienenschwarm, immer in der Aue zwischen den Bergen, mit erschröcklichem Geschrei, wie sie pflegen, konfus, ohne Ordnung, außer: ein alter Aga mit bloßem Säbel in der Hand voran, immer durchs Lager durch. Was sie antrafen, mußte über die Klinge. Ehe sich unsere Leute resolvieren und setzen konnten, blieb mancher aufm Platz, unversehens.

Als aber von dem Herzog von Lothringen fünf Regimenter, erstlich Kürassier und dann vier Regimenter Infanterie, vor das Loch gestellet und mit Stücken unter die Türken gespielet wurde, von beiden Seiten ganze Lagen und Salven unter sie gegeben, da waren die noch draußen, im Augenblicke fort, ohne die mit Pferd und Mann gefallen. Man verfolgete den Feind. Die aber drinnen waren, deren wenigstens sechs- bis achttausend, stießen auf die Bayern und Wallonen, welche einen Graben und Brustwehr in Eil aufgeworfen. Da fielen die Türken wie die Fliegen. Und sind nicht mehr als etwa sechshundert in die Stadt, wie wohle alle beschädiget, kommen.

Als die übrigen Türken in dem Lager so hart auf die Bayerischen und Wallonen gestoßen, sind sie wieder zurück und auch in unser Lager gekommen. Wollten gern wieder über die Trancheen naus. War aber unmöglich. Maßen diesseits die aufgeworfene Erde eine große Tiefe machte, daß Mann und Pferd den Hals stürzete und mit den Pieken vollends totgestochen wurde. Da ging es an ein Schießen und Metzlen, daß nicht einer davon kam!

Sie waren so verbaset und irre, daß ich selbest gesehen, daß sie dasaßen aufm Pferd, hatten zwar den Säbel in der Hand, doch die Hände übereinander geschlagen, ihre Augen gen Himmel gerichtet, und ließen sich so totschießen. Wurde auch keiner bei dem Leben gelassen, sondern alle massakrieret und meist die Haut abgezogen, das Fett ausgebraten und die membra virilia abgeschnitten und große Säcke voll gedörret und aufbehalten. Als woraus die allerkostbarste mumia gemacht wird. Sie wurden auch meistens aufgeschnitten und die Eingeweide durchsuchet, ob etwa, wie ehemals, Dukaten verschlucket gefunden würden.

Es wurde bei der großen Hitze von aufgeschnittenen toten Körpern von Menschen und Pferden so ein Gestank und Gift, maßen alle Gassen im Lager volllagen, daß niemand bleiben konnte. Dahero die ungrischen Bauren und Tolpatschen gezwungen wurden, große Löcher zu graben und die Körper übereinander zu werfen und zuzuscharren.

(Die Belagerung zieht sich unter wechselnden Kämpfen noch bis zur elften Woche, seit Ankunft der Brandenburger, hin; da wird der Hauptsturm gewagt.)

Es war just umb ein Uhr bei hellem Wetter mittages, da die Türken pflegten zu schlafen oder zu essen. Und hatten sich's am wenigsten versehen, als die Unsern in der größten Stille ohne einen Schuß, die Bresche erstiegen. Und es von bayerischer Seite gleichso veranstaltet war.

Ich war auf einem Berge, nicht fern, auf dem Gesicht liegend, und konnte alles eigentlich mit ansehen. So bald die ersten Gewehr losgingen, da wurde Lärmen und ging alles über und über mit Stücken, Granaten und Steinwerfen, Schießen und Hauen; sogar die türkischen Weiber und Kinder, auch die Jüden, derer viel darin waren, trugen zu und wehreten sich desparat auf die Bresche; also daß die Toten auf derselbigen über zwei Ellen übereinander lagen. Es half aber nichtes. Sie mußten daran glauben. Sie mochten nun sich wehren und schreien, wie sie wollten, die Stadt war erstiegen.

Da ward das Kind im Mutterleibe nicht geschonet. Alles was angetroffen ward, mußte sterben. Wie ich denn mit Augen gesehen, als ich auch vom Berge über die Bresche in die Stadt gedrungen, daß Weiber dagelegen und die gelöseten Pistolen noch in der Hand haltend, teils bloße Säbel. So aber nackend ausgezogen, die Leiber mit Partisanen durchstochen, durch die Geburt; die Leiber aufgerissen, daß die noch nicht geborenen Kinder herausgefallen; welches mich am meisten gejammert. Nackete Kinder von ein bis zwei Jahren aufgespießet und an die Mauren geschmissen wurden! — Ich bin erstaunet, was da ist vorgegangen, daß auch Menschen viel grausamer, als Bestien gegen einander sich bezeigeten.

Die zwei Kommandanten, welcher einer blind gewesen, waren totgeschossen; und lag der letzte auf dem Markt an einer Moschee mit vielen Türken ohne Gewehr umbgeben, welchen nichts gethan wurde, sondern nur gefangen gebracht wurden.

Was in der Furie nicht totgemachet, oder von Juden und Christen nicht verstecket, hatte sich auf die Burg retirieret, welche sich noch zwei Tage hielte und tapfer wehrete, bis kapitulieret wurde und sich als Kriegsgefangene ergeben mußten.

Kleines Feuilleton.

Nordischer Winter.

Die ungewöhnlich starke Kältewelle, die, wie berichtet, ganz Skandinavien vor kurzem heimgesucht hat, beschäftigt nach wie vor die nordischen Blätter. Merkwürdige Wahrzeichen wurden, so wird erzählt, am Himmel in Gestalt von Sonnenhöfen und anderen leuchtenden Phänomenen beobachtet, die man mit der Kälte und dem Krieg in Verbindung brachte. Eine Nachfrage bei der meteorologischen Station ergab aber, daß diese Sonnenhöfe eine ganz natürliche Ursache hatten, die im Spiel der Sonnenstrahlen mit am Himmel befindlichen Federwölkchen bestand, eine Erscheinung, die auch zu anderen Jahreszeiten nichts Ungewöhnliches hat. Andere wieder berechnen aus Anlaß der jetzigen Kälteperiode, daß ganz besonders strenge Winter sich in einem Zeitraume von 103 Jahren wiederholen. So war es im russischen Feldzuge von Karl XII., bei Napoleons großem Kriege 1812 und wiederum im Winter 1915. In Stockholm hat, wie Svenska Dagbladet mitzuteilen weiß, seit 1879 kein so strenger Winter geherrscht wie der diesjährige. In früheren Jahrhunderten gab es freilich einige noch härtere Winter, die etliche denkwürdige Ereignisse zur Folge hatten. Im Jahre 1048 z. B. war die Kälte so streng, daß man mit Pferd und Wagen über das Kattegatt nach Dänemark fahren konnte. Während des Winters 1292 ritt man über das Eis aus Christiania über das Skagerrack nach Jütland. Im Winter 1323 reiste man zu Pferd und zu Fuß von Dänemark nach Lübeck und Danzig. Im Jahre 1332 ritt man aus Lübeck nach Kopenhagen und von Königsberg und Memel über das Eis nach Lübeck. In den Wintern von 1423, 1507 und 1545 konnte man zwischen Mecklenburg und Dänemark das Eis befahren. Im Jahre 1459 fuhr man von Stockholm quer über die Ostsee nach Reval in Estland und von Memel nach Blekinge. Zwischen Livland und Schweden wurde damals eine tägliche Verbindung über Eis unterhalten. Vom Jahre 1774 berichtet Bischof Serenius in Nyköpings Kirchenbuch: „Dieser Winter war so streng, daß nur wenige Menschen sich eines ähnlichen erinnern. Die große Kälte trat acht Tage vor Weihnachten ein, wodurch richtiges Kerneis entstand und alle Seen eine so dicke Eisschicht trugen, daß man zu Neujahr von Küste zu Küste fahren konnte. Drei Monate hielt diese mächtige Kälte an."

Eine neue Art der Blutübertragung.

Bei gewissen Schwächezuständen und anderen Erkrankungen macht es sich notwendig, um das Leben des Patienten zu retten, Blut aus anderen gesunden Körpern in den seinen zu übertragen. Es kommt für eine solche Uebertragung nur Menschenblut in Betracht, da das Blut selbst der uns am nächsten verwandten Menschenaffen eine andere Zusammensetzung aufweist, die auf unseren Organismus, wenn direkt in die Blutbahn eingeführt, wie Gift wirken würde. Die Blutübertragung geschieht gewöhnlich in der Weise, daß das Blut des Spenders aus dessen Pulsader in die Armvene des Empfängers übertragen wird, wobei entweder die beiden Adern durch eine Gefäßnaht oder durch ein Schaltstück aus gehärteter Kalbsarterie verbunden werden. Die Durchführung dieser Operation ist nicht leicht und erfordert chirurgisch vorgebildete Aerzte. Da jetzt im Kriege es verhältnismäßig häufig erforderlich sein wird, durch großen Blutverlust geschwächte Verwundete durch Blutübertragung zu retten, so empfiehlt Professor Sauerbrauch (Greifswald) in der Berliner Klinischen Wochenschrift eine Vereinfachung der Methode, nach der auch chirurgisch ungeübte Aerzte die Operation machen können. Auch Prof. Sauerbrauch benutzt die oben genannten Adern. Er verfährt dabei so, daß er die Arteria radialis des Spenders frei isoliert und wie eine Kanüle in die Vena media des Empfängers einführt. Der Empfänger liegt dabei auf dem Rücken; sein Arm ist auf einem kleinen Tische befestigt. Der Spender sitzt auf einem hohen Stuhle. Nun wird die Vene des Empfängers freigelegt und der Länge nach aufgeschlitzt. Die Arterie des Spenders wird sodann in einer Ausdehnung von 5 bis 6 Zentimetern freigelegt und möglichst weit nach der Hand zu durchschnitten. Das Ende, aus dem das Blut fließt, bleibt offen; das andere wird unterbunden. Nach Feststellung der Zeit, die zum Abfluß von 1 Kubikzentimeter Blut notwendig ist, wird die Arterie mittels einer Pinzette in die Oeffnung der Vene eingeführt und die beiden Adern mittels Haltefäden zusammengebunden. Gewöhnlich genügt die Dauer von 10 bis 12 Minuten, um 120 bis 200 Kubikzentimeter Blut überfließen zu lassen. Danach wird die Ader wieder herausgezogen, an ihrem oberen Ende unterbunden und durch Hautnaht das Operationsgebiet verschlossen. Die Venenwunde wird durch Bindung der gegenüberliegenden Haltefäden oder Ligatur verschlossen.

Die Geister der Not.

Wir sind die grauen Geister der Not,
Wir sind der Krieg, wir sind die Pest,
Der Hunger sind wir und Gebrest,
Vergiften euer kärglich Brot.
Uns zeugt die Nacht und nährt der Tag,
Uns zeugt die Lust und nährt die Plag,
Die Freude zeugt uns, Glück und Liebe,
Uns nähren ewig eure Triebe,
Und euer Leben schmälen wir,
Und euer Streben zerquälen wir,
Und euer Ringen zernagen wir,
Und euren Frieden verjagen wir,
Und eure Ehre bespeien wir,
Und euer Recht kasteien wir,
Und euer Schaffen verkümmern wir,
Und eure Zukunft zertrümmern wir.

Holzamer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0005

Ums tägliche Brot.

Der Zucker wird weiter verteuert!

Am 5. d. M. wurde im Reichsamt des Innern eine Konferenz abgehalten, die sich mit dem Rübenanbau und mit der Zuckerversorgung beschäftigte. Wie aus dem jetzt in Berliner Blättern veröffentlichten Bericht hervorgeht, war der Kern der Verhandlungen die weitere Verteuerung des Zuckers:

Festgestellt wurde, daß die diesjährige Produktion an Zucker auf rund 30 Millionen Zentner Rohzucker gegen 50 bis 55 Millionen Zentner in den Vorjahren zu veranschlagen sei und daß hiervon 28 Mill. Zentner erstes Produkt zur Versorgung des menschlichen Bedarfs in Frage kämen und 2 Millionen Zentner Nachprodukte der Bezugsvereinigung zu Futterzwecken zur Verfügung ständen. Die geringe Produktion ist zurückzuführen auf den Minderanbau von 80 vom Hundert an Rüben, mäßige Ernten in verschiedenen Provinzen und darauf, daß große Mengen Rüben direkt verfüttert oder getrocknet sind, um gleichfalls als Viehfutter Verwendung zu finden. — Obige 28 Millionen Zentner mit den am 1. September 1915 aus Kampagne 1914-15 übernommenen Beständen genügen, um den voraussichtlichen Bedarf an Zucker im Reiche bis zum Beginn der neuen Kampagne 1916-17 etwa Anfang Oktober d. J. zu decken. Um aber den Bedarf per 1916-17 sicherzustellen und um eventuell auch einige Millionen Zentner Zucker zum Export zur Verfügung zu haben, ist eine wesentliche Ausdehnung des Rübenanbaues im Frühjahr 1916 unbedingt erforderlich. Von allen zugezogenen Sachverständigen wurde einstimmig betont, daß ein Mehranbau von Rüben nur zu erlangen sei, wenn eine bedeutende Erhöhung der Rübenpreise, die in Einklang gebracht werden müßten mit den gesteigerten Getreidepreisen, eintreten könne und dies sei nur möglich, wenn eine Erhöhung der Zuckerpreise vom 1. September d. J. an gesetzlich festgelegt würde.

Die Vertreter des Vereins der deutschen Zuckerindustrie beantragten, daß der per 1915-16 gültige feste Rübenpreis um 25 Pf. der Zentner erhöht werden müsse, wodurch ein Rübenpreis je nach den verschiedenen Gegenden von 1,35 bis 1,50 Mark gezahlt werden müßte. Dies sei aber auch nur möglich, wenn der Rohzuckerpreis von 12 Mk. auf mindestens 15 Mk. pro Zentner erhöht würde. Diese Vorschläge fanden die Zustimmung aller Sachverständigen. Von einzelnen Vertretern der Landwirtschaft wurde ein Rübenpreis von 1,60 Mk. verlangt.

Die anwesenden Vertreter der verschiedenen Ministerien nahmen von den gemachten Ausführungen Kenntnis und gaben die Erklärung ab, daß eine eingehende Prüfung der sehr wichtigen Frage einer genügenden Zuckerversorgung und eine baldige Stellungnahme der Regierung zu erwarten sei.

*

Gegenüber dieser geplanten Verteuerung des Zuckers durch die Interessenten bekundet die Voss. Ztg. die Hoffnung, daß die Regierung den Wünschen der Zuckerindustriellen nicht folgen werde. Bei dem Minderergebnis der Rohproduktion um 20 bis 25 Millionen Zentner sei zu berücksichtigen, daß wir in Friedenszeiten 21 bis 22 Millionen Doppelzentner Zucker ausgeführt haben. Wenn auch der Rübenpreis mit den Preisen anderer landwirtschaftlicher Produkte in Einklang gebracht werde, so sei doch die Preiserhöhung für Rüben um 35 Pf. für den Zentner von uninteressierten Sachverständigen als übertrieben hoch bezeichnet worden. Vor allem aber müsse man sich gegen die Behauptung wenden, daß die Rübenpreiserhöhung auch eine Erhöhung der Rohzuckerpreise, und zwar gleich um weitere 25 p. h. bedingen soll. Die im Verlaufe des Krieges bereits eingetretenen Zuckerpreiserhöhungen haben den Zuckerfabrikanten im letzten Jahre außerordentliche Kriegsgewinne eingetragen. Der Zucker sei in der Kriegszeit mehr als früher zum Volksnahrungsmittel geworden. Die Regierung werde daher gut daran tun, bei seiner Preisregulierung die Konsumenteninteressen zu schützen. Es wäre verhängnisvoll, den Zuckerfabriken weiter reichliche Kriegsgewinne auf Kosten der Gesamtheit zuzuschanzen.

Zollerleichterungen. Nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger hat der Bundesrat am 6. Januar beschlossen, daß Aepfel, Birnen, Quitten, frisch, unverpackt oder nur in Säcken bei je mindestens 25 Kilogramm Rohgewicht, ferner Krabben, lebend oder nichtlebend, auch bloß abgekocht oder eingesalzen, auch von der Kruste befreit — bis auf weiteres bei der Einfuhrzollfrei bleiben.

Prämien auf Ausdrusch des Getreides. Der Landrat des Kreises Niederbarnim erwartet in einer Bekanntmachung, daß jeder Landwirt unter Zurückstellung der eigenen Interessen für den sofortigen Ausdrusch der Bestände an Brotgetreide Sorge trägt, und diese Vorräte bis zum 1. Februar an den Kommunalverband abliefert. Das Landesgetreideamt würde sonst in die Lage kommen, unverzüglich den Ausdrusch des Getreides zwangsweise auf Kosten der Säumigen zu veranlassen. Andererseits hat der Kreisausschuß erneut eine Drusprämie von 4 Mk. für die Tonne desjenigen Brotgetreides bewilligt, das von jetzt an bis zum 1. Februar an die vom Kreise Niederbarnim mit der Annahme betrauten Stellen abgeliefert worden ist.

Die Wiedereinberufung der Duma.

Von den russischen bürgerlichen Parteien, die in der letzten Augustsession in heftige Opposition zur Regierung traten und der starken Unzufriedenheit im Lande Ausdruck gaben, haben bisher nur die Progressisten den Mut gefunden, die Ducmänserpolitik des „liberalen Blocks" zu durchbrechen, der auf die Fußtritte der Regierung und der immer unverschämter auftretenden Rechtsparteien mit demütigem Schweigen und völliger Passivität antwortete. Mit ihrer, von uns bereits gemeldeten, demonstrativen Abberufung ihrer Vertreter aus den „besonderen Beratungen" bei den Ministerien hat die Fraktion der Progressisten einen entschiedenen Schritt in der Richtung der Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Regierung getan. In ihrer aus diesem Anlaß veröffentlichten Deklaration bezeichneten die Progressisten diesen Schritt als eine Antwort auf die ungesetzmäßige Hinausschiebung der spätestens für Ende November angekündigten Wiedereinberufung der Duma. Aber auch unabhängig davon bezeichneten sie ihre Mitarbeit in bureaukratischen Institutionen, die nur als Deckmantel für Willkürherrschaft der Regierung mißbraucht wurden, als eine enorme Schädigung der Volksvertretung. „Sie paralysiert die Kontrollfunktionen der gesetzgebenden Kammern, untergräbt die Autorität der Volksvertretung, indem sie ihr eine Verantwortung zuweist, die sie nicht zu tragen vermag, und gibt sie Vorwürfen preis, von denen sie frei sein muß." Mit diesen entschiedenen Worten wiesen die Progressisten jede weitere Zusammenarbeit mit der unverantwortlichen Regierung selbst auf dem Gebiete der Kriegshilfe zurück.

Nun tritt die Fraktion der Progressisten mit einer neuen Deklaration in Form eines Rechenschaftsberichts für die letzten drei Monate an die Oeffentlichkeit, um ihre Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik ausführlicher zu begründen. Die am 16. September stattgefundene Vertagung der Duma — heißt es in diesem Bericht — hinderte die Volksvertretung daran, die Beratung der Militärzensurvorlage zu beenden und die Berichte über das neue Revisionsstatut zu prüfen, das „eine längst ersehnte Ordnung in die Kontrolle über die Verausgabung der Staatsmittel hineintragen sollte." Der Reichsrat konnte aus demselben Grunde die Vorlage über die progressive Einkommensteuer nicht erledigen.

In den drei Monaten nach der Vertagung der Duma — heißt es in dem Bericht weiter — hat sich vieles zum Schlechten verändert. Das Land, märchenhaft reich an Kohle, Naphtha und Wald, leidet Mangel an Heizmaterial; obwohl das Land eine ungeheure Menge Korn, Vieh, Zucker, Butter usw. erzeugt, leiden viele Ortschaften Not an diesen Produkten und eine drückende Teuerung lastet über dem ganzen Reich. Maßnahmen, wie das Verbot der Ausfuhr von Produkten aus vielen Ortschaften oder die Uebergabe des halben Eisenbahnnetzes in die Verwaltung der Militärbehörden haben die Lage nur noch verschärft und einen günstigen Boden für Mißbräuche geschaffen.

Die finanziellen Maßnahmen, die zu dieser Zeit getroffen wurden, haben ihren Zweck nicht erreicht und stehen hinter den überwältigenden Bedürfnissen, die der Krieg geschaffen, weit zurück. . . .

Es war klar, daß die Einberufung der Duma unter diesen Umständen der Regierung nicht erwünscht sein konnte. Die Duma hätte die Regierung scharf kritisiert; sie hätte von ihr Rechenschaft und Bewegungsfreiheit für die Selbsttätigkeit des Volkes fordern müssen.

„Alle verstanden — heißt es in dem Bericht wörtlich —, daß die Duma nötig war nicht bloß zur Prüfung des Budgets, sondern auch zur Organisierung des Landes, zur Schaffung der Bedingungen, die erforderlich sind für die Entwickelung der Selbsttätigkeit des Volkes und die höchste Anspannung aller seiner Kräfte, die der Krieg fordert. Alle erkannten klar, wie notwendig es jetzt ist, daß die Volksvertretung die gesamte Tätigkeit der Regierung sowohl für die Versorgung der Armee wie für die Aufrechterhaltung der Ordnung im inneren Wirtschaftsleben des Landes sorgfältig überwachen soll."

Die fortgesetzte Hinausschiebung der Einberufung der Duma hat diese so dringend notwendige Tätigkeit der Volksvertretung unterbunden. Diese Tatsache erklärt die Fraktion der Progressisten als ausschlaggebend für die Richtung ihrer jetzigen und künftigen Taktik. Man geht wohl nicht fehl, in diesen Worten eine offene Kampfansage der Progressistenpartei an die Regierung zu sehen. Zwar steht diese Partei im bürgerlichen Lager noch ziemlich isoliert, da die Majorität der Kadettenpartei unter der Führung Miljukows diese angeblich „impressionistische" Politik vorläufig ablehnt und es vorzieht, von den künftigen Errungenschaften ihres Blocks mit den Oktobristen zu träumen. Aber abgesehen davon, daß die Progressistenpartei, als Vertretung der kapitalkräftigsten bürgerlichen Schichten, schon allein eine beträchtliche Macht repräsentiert, kann vor der weiteren politischen Entwickelung erwartet werden, daß die Forderungen der Progressisten bald denselben Widerhall im Lande finden wie ihre Forderungen vor dem Zusammentritt der Duma im verflossenen Herbst. Unter diesem Gesichtswinkel erscheint das jetzige Auftreten der Progressistenpartei als symptomatischer und bedeutsamer Auftakt zu der bevorstehenden Einberufung der Duma.

Eine Kapuzinerpredigt.

Graf Kospoth, Mitglied des preußischen Herrenhauses, klagt und tröstet über die drohende Steuerflut noch während und nach dem Kriege. Unter der Ueberschrift: **Was wird die Zukunft bringen?** veröffentlicht er einen umfangreichen Artikel im Tag (Nr. 3 vom 5. Januar), in dem er die von ihm gestellten Fragen „klipp und klar" beantwortet: neue und schwere Steuern! Natürlich begnügt sich der Graf nicht damit, diese Tatsache zu konstatieren, die jedem anderen auch bekannt ist, er sucht nach Mitteln und Wegen, diese neuen und schweren Steuern schmerzlos — wenigstens für die Besitzenden — hereinzubringen. Als Hauptaufgabe für die Steuermacher erscheint ihm, darauf zu achten, daß das Grundwasser des Nationalvermögens nicht auf einen zu niedrigen Stand gepracht und die Henne geschlachtet wird, welche goldene Eier legt. Wie Graf Kospoth die neuen Steuern beschaffen sehen möchte, geht aus folgenden Ausführungen hervor:

„Seitdem die Klassensteuer als veraltet aufgehoben worden ist, hat der sogenannte kleine Mann kein Empfinden dafür, daß er nicht nur ein Recht an den Staat, sondern auch eine Pflicht dem Staate gegenüber hat. Bei einem Knechte betrug die Klassensteuer zwei gute Groschen, das sind 25 Pf. pro Monat, und ich kann mich wohl erinnern, daß, als einer einmal glaubte, nicht hinreichend Rechtsschutz gefunden zu haben, mir sagte: „Ich zahle doch meine Steuern!" Dies Gefühl ist verlorengegangen und später noch mehr, als das Wort von den „starken Schultern" geprägt wurde.

Es muß sich aber wieder einstellen; und wie jetzt die schwachen und die starken Schultern, der Knecht und der Millionär, treu nebeneinander im Schützengraben stehen, um eine feste, unüberwindliche Mauer gegen den Ansturm der Feinde zu bilden, so müssen schwache und starke Schultern nach dem Kriege nebeneinanderstehen, um je nach ihrer Kraft die Lasten zu tragen und die Wunden zu heilen, die dem Vaterlande geschlagen sind. Deshalb muß der Steuerbedarf durch eine weise Kombination von indirekten und direkten Steuern gedeckt werden.

Die Redensart von der „Pfeife des armen Mannes" hat sich überlebt. Tabak, Bier, Schnaps vertragen noch eine Erhöhung, in welcher Form es auch sei, als Steuer oder Monopol. Zwei Zigarren, ein Glas Bier, zwei Schnäpse kann noch jedermann von seinem Tagesverbrauch streichen, er wird es kaum fühlen. Und die direkten Steuern?

Sie werden zwar schwerer empfunden werden, weil man sich ihnen nicht, wie bei den indirekten, freiwillig entziehen kann. Man spricht von der Verdoppelung der Einkommen- und Ergänzungssteuer. Diese kommt sicher, ich fürchte aber, daß es nur ein Tropfen, wenn auch ein großer, ins Meer ist.

Da wird das kommen, wovon die Wehrsteuer ein Vorspiel war, das mit dem häßlichen Namen „Vermögenskonfiskation . . ."

Freilich wird diese Verkleinerung des Einzelvermögens zugunsten des Reiches oder Staates — endlich habe ich eine weniger gehässig klingende Bezeichnung dafür gefunden — eine totale Umwälzung in der Lebensweise des gesamten Volkes mit sich führen, denn auch der schaffende, der werktätige und arbeitende Teil des Volkes wird es verspüren, wenn der Golfstrom weniger reichlich fließt."

Weiterhin schildert dann in möglichst düsteren Farben Graf Kospoth, wie die Besitzenden sich einschränken werden müssen. Sie hätten während des Krieges gelernt, in der 2. Eisenbahnklasse zu fahren; sie hätten empfunden, daß die drei Fleischfesttage in der Woche nicht nur erträgen werden können, sondern obendrein noch sehr gesund seien; daß ein Auto zwar ein schönes Beförderungsmittel sei, daß man aber in der Stadt mit Hoch- und Straßenbahn, sogar mit der „Pferdedroschke" sein Ziel erreicht; daß man auf dem Lande ohne Auto und mit zwei oder vier Pferden statt mit sechs oder acht im Stall auskommen kann. Die Besitzenden hätten ferner gelernt, daß das Essen, selbst wenn man Gäste hat, mit der Bedienung durch ein nettes Mädchen mit schwarzem Kleid und weißer Schürze ebensogut schmeckt als mit einem Diener in Livree. Die Besitzenden würden weiter lernen müssen, auf die großen Jagdpachten zu verzichten, in denen der Abschuß eines guten Hirsches mit 1000 bis 2000 Mk. bezahlt werde. — Man sieht: den Besitzenden grinst das graue Elend in der Zukunft entgegen. Keine Autos, keine Jagdpachten, keine livrierten Diener und keine acht Pferde mehr im Stalle, das ist allerdings der Gipfel der Armut. Und die Herren gräflichen Großgrundbesitzer und sonstigen Kapitalisten, die wollen für das Vaterland dieses furchtbare Schicksal geduldig auf sich nehmen. Kann die Opferwilligkeit noch höher gehen?

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Januar 1915.

94000 Mark städtische Gelder für Ostpreußen.

Der städtische Haushaltsausschuß beschäftigte sich mit dem Antrag auf Bewilligung eines Beitrages für den Verein Ostpreußenhilfe, der bereits den Ausschuß in der vorletzten Sitzung beschäftigte. Es handelt sich darum, zugunsten des Kreises Johannesburg, für den die Provinz die Patenschaft übernehmen soll, eine Million Mark zusammenzubringen. Die Stadt- und Landkreise sollen dazu nach der Leistung ihrer Provinzialsteuern beitragen. Auf Halle entfällt ein Betrag von 94 100 Mark. Der Magistrat stellte den Antrag, diese Mittel zum Teil, nämlich 60 000 Mark, aus den Sparkassenüberschüssen zu nehmen und 34 100 Mark aus dem Kriegsfonds. Dieser Vorschlag fand jedoch nicht die Genehmigung des Ausschusses. Man kam vielmehr zu dem Entschlusse, die gesamte Summe aus den Sparkassenüberschüssen zu überweisen. Sparkassenüberschüsse stehen aus den Rechnungsjahren 1914 und 1915 mit je 250 000 Mark, also mit 500 000 Mark, zur Verfügung. Es ist dies eine Ueberschußsumme, die noch in keinem Jahre erreicht wurde. Wenn auch demgegenüber ausgeführt wurde, daß dieser Ueberschuß doch nur rechnungsmäßig sei und nur dadurch zustande komme, daß man gemäß einer ministeriellen Verfügung die Wertpapiere zu dem Kurse vom 25. Juli 1914 einstelle, während tatsächlich der Kurs der Papiere zurzeit erheblich niedriger sei, so glaube die Mehrheit doch, daß man unbedenklich jene 94 100 Mk. dem Ueberschusse entnehmen könne. Denn einerseits denke die Stadt nicht daran, ihre Papiere zu veräußern, andererseits handele man mit einem solchen Verfahren nach dem Statut der Sparkasse, das eine Verteilung der Ueberschüsse vorschreibt. Das Ergebnis der Beratungen war also: jene 94 100 Mk. werden den Sparkassenüberschüssen entnommen.

Magdeburg, auf des etwa 125 000 Mk. Anteil entfällt, hat 70 000 Mk. aus städtischen Mitteln bewilligt, das übrige sollen die wohlhabenden Einwohner aufbringen.

Wir faßten bereits in Nummer 212 unseres Blattes am 10. September unsere grundsätzliche Haltung zu dieser Angelegenheit folgendermaßen zusammen:

„Der Wiederaufbau Ostpreußens ist eine gemeinsame Aufgabe des ganzen Volkes! Das ist anerkannt worden. Der Staat hat bereits kraftvoll eingegriffen, womit für die Städte die Angelegenheit erledigt ist. Wollen jedoch wohlwabende Bürgerkreise von ihrem Reichtum Ostpreußen noch etwas zukommen lassen, wollen sie dabei sogar nur einen Ort bedenken, die anderen aber unbeschenkt lassen, so mögen sie dies Löbliche tun. Sie können dazu Vereine und Gesellschaften gründen. — Die städtischen Gelder aber möge man umgeschmälert zur Unterstützung der Hallischen Notleidenden und zur Milderung der Lebensmittelteuerung in Halle erhalten. Das haben die Hallischen Steuerzahler zu fordern.

Auch Gemüseknappheit?

Der gestrige Produzentenmarkt war auffällig leer. Auch die Stadt hat leider nur recht wenige Waren zum Verkauf bringen können. Es kosteten das Pfund Kohlrüben 5 Pf., Möhren 8 Pf., Zwiebeln 15 Pf., Meerrettich die Stange 25 bis 35 Pf. und Sellerie die Knolle 15 bis 20 Pf. Wie wir hören, steht auch der Verkauf dieser Waren auf dem Aussterbeetat. Auf dem Hallmarkt war sogar schon endgültig Schluß. Bei den wenigen Waren, die angefahren waren, wurde der Markt gar nicht erst eröffnet.

Es war eine notwendige Tat unserer Stadtverwaltung, als sie vor nun fünf Monaten in den Vertrieb von Kartoffeln und Gemüse regulierend eingriff durch Einrichtung des Produzentenmarktes. Wenn der Markt nun abstirbt, dann ist das die Schuld des Großhandels, der unter Geltung der Höchstpreise plötzlich die Zufuhren einschränkt. Wenn nun in der Hallischen Zeitung die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen aufgefordert werden, die Vermittlung des Gemüseankaufes in die Hand zu nehmen, so haben doch diese Vertretungen seit jeher ebenfalls versagt und sie werden auch jetzt versagen. Hier hilft nichts weiter, als die Beschlagnahme. Kartoffeln sind zurzeit zu haben, aber doch nur, weil neben den Höchstpreisen die Warenbeschlagnahme steht. Deshalb ist es höchste Zeit, daß auch auf anderen Gebieten die Regierung den Städten die nötigen Vollmachten gibt.

Der Wochenmarkt bot heute demgegenüber ein besseres Bild. Hier war Gemüse ziemlich reichlich vertreten, so Rotkohl, Wirsingkohl, Weißkohl, Grünkohl, Kohlrüben, auch etwas Möhren, Sellerie, Meerrettich und Schwarzwurzeln. Obst dagegen war sehr reichlich da. Eier waren auch mehrfach zu haben, sie kosteten das Stück 23 Pfennig. Butter war nur schwach vertreten und selbstverständlich sehr schnell vergriffen. Käse hot man in großen Massen an, ebenso Matz, der das Pfund 50 Pfennig kostete. Die Wurst- und Fleischstände waren ständig umlagert. Auch Rehe waren zu haben, während Hasen und Kaninchen fehlten. Gänse kosteten das Pfund 1,75 bis 1,90 Mk., Fasanen waren billiger. Heringe standen in großen Mengen zum Verkauf, auch etwas Räucherwaren und Seefische. Flußfische

4927

Man sehe die Schaufenster bei Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0006

wurden flott gekauft. Die städtischen Stände verkauften Speck und Schlackwurst, sowie Fleisch und Wurst in Büchsen zu den bekannten Preisen.

Das Unglück eines schwachsinnigen Zuchthäuslers.

Ein eigenartiges Schicksal ereilte den aus dem Zuchthaus entlassenen Buchhalter Steigleder. Er hatte wegen Betrugs und Urkundenfälschung drei Jahre abgesessen. Bei seiner Entlassung nahm sich der Gefängnisverein seiner an. St. arbeitete in der Schreibstube dieses Vereins. Gegen eine wöchentliche Entschädigung von 10,50 Mk. wurde er verpflegt. In der ersten Zeit ging alles gut, doch später wurde die Arbeit knapp. St. sagte daher, daß er jetzt als Arbeiter sein Fortkommen versuchen werde. Es gelang ihm auch, in hiesigen Fabriken unterzukommen. Er arbeitete einige Zeit, doch weil er die sehr schwere Arbeit nicht verrichten konnte, meldete er sich krank und trat aus seiner Beschäftigung aus. Als man ihm nahelegte, sich doch einen Krankenschein zu nehmen, lehnte der anscheinend in diesen Dingen völlig unerfahrene Mensch das ab. — Das sollte zu seinem Verhängnis werden, da er die Mittel für seinen Unterhalt nicht mehr aufbringen konnte. Dem Vorsteher der Schreibstube sagte er, daß er das nächste Mal die dort fällige Verpflegung zahlen werde. Da er eine Neuanschaffung machen mußte, erbat er sich einen Vorschuß von etwa drei Mark. Fünfzig Pfennige wurden ihm außerdem noch für Wäsche zu waschen ausgelegt. Bei dem Vorschußnehmen hatte er gesagt, daß er diesen bei der Restlohnzahlung zurückerstatten werde. Als St. jedoch seinen Lohn erhielt, fuhr er nach Erfurt und suchte sich dort neue Arbeit. Seine Kleidungsstücke hatte er in der Schreibstube zurückgelassen. Er will nach Erfurt gegangen sein, weil ihm angedroht worden war, wenn er arbeitslos sei, würde man ihn aus Halle ausweisen.

Wegen dieses Vorganges mußte sich der Mann, der sich redlich um Verdienst bemüht hatte, jetzt als Rückfallbetrüger vor der Strafkammer verantworten. Die Schreibstube will um 25 Mk. geschädigt sein. Bei der Vernehmung des Vorstehers ergab sich, daß dem Angeklagten die Verpflegung weiter gewährt worden wäre, wenn er keinen Verdienst gehabt hätte. Damit fällt die Summe weg. Es bleibt ein Restbetrag von 3,50 Mk. Vorschuß. Diesen will der Vorsteher auf keinen Fall gegeben haben, wenn er gewußt hätte, daß St. arbeitslos sei. Steigleder beteuert, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die Schreibstube zu betrügen, er habe sich immer um Arbeit bemüht und sei nur aus Furcht vor Ausweisung davongegangen. Er habe aber seine Sachen zur Deckung zurückgelassen. Da der Vorsteher dabei blieb, daß er das Geld unter keinen Umständen vorgeschossen hätte, liegt Betrug vor.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. — Das Gericht nahm mildernde Umstände an, da es sich nur um den geringen Betrag von drei Mark und einigen Groschen gehandelt habe. Es erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht.

St. ist früher schon einmal, weil erblich belastet, auf Grund des § 51 freigesprochen worden. Der jetzige Sachverständige hielt ihn für minderwertig aber noch zurechnungsfähig. Man konnte sich während der Verhandlung des peinlichen Eindrucks nicht erwehren, daß es für eine Schreibstube, deren Zweck es ist, Bestrafte vor dem Gefängnis zu schützen, wohl angebrachter gewesen wäre, diese Sache auf anderem Wege zu erledigen. Drei Mark und einige Groschen hätte man sicher übrig gehabt.

Im übrigen wäre jeder Schaden vermieden worden, wenn der Unglückliche, dem es nicht vergönnt war, in das Gleise geordneten Lebens zurückzukehren, über sein Krankenversicherungsrecht Bescheid wußte oder darüber gehörig aufgeklärt worden wäre. Da er durch die schwere Fabrikarbeit krank geworden war, hatte er volles Anrecht auf Krankengeld. Hätte man ihn auf diese soziale Hilfe als sein Anrecht noch nachdrücklicher verwiesen, so wäre dem durch Ausweisungsgedanken Geängstigten der neue Absturz ins Sträflingsunglück erspart worden.

---

* **Frauen als Preiskontrolleure.** In Danzig hat der Magistrat schon vor einiger Zeit eine große Zahl von Hausfrauen aller Stände dazu verpflichtet, jede Woche schriftlichen Bericht über die von ihnen gemachten Einkäufe mit Angabe der Preise und Lieferanten zu machen. Der Erfolg ist über Erwarten günstig gewesen. Höchstpreisübertretungen oder wucherische Ausbeutung der Käufer haben ganz und gar aufgehört, da jeder Verkäufer mit der Möglichkeit zu rechnen hat, daß eine Kundin dem Magistrat Bericht erstattet. — München-Gladbach ist jetzt ebenfalls dazu übergegangen, Frauen zur Regelung und Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs in den Kleinhandlungen und auf den Märkten heranzuziehen. Auch dort dürfte man hiermit gute Erfahrungen machen, weil die Frauen die für diesen Dienst notwendigen Spezialkenntnisse mitbringen. — Mißstände sind auch hier vorhanden. Wir glauben daher, daß sich ein ähnliches Vorgehen auch in Halle wohl lohnen würde. Das Statistische Amt brauchte zu seinen schon unternommenen Preisfeststellungen nur Frauen mit besonderem Auftrag hinzuzuziehen.

* **Erhöhte Preise für Wild** werden in einer in der heutigen Nummer des Blattes veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats in Kraft gesetzt. Dabei ist u. a. der Preis für Hasen um 75 Pf. das Stück hinaufgesetzt.

* **Anträge zur Kriegshinterbliebenenversorgung.** Die Hinterbliebenen ger gefallenen oder an Wunden und sonstigen Kriegsdenstbeschädigungen gestorbenen Teilnehmer a ngegenwärtigen Feldzuge werden darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Kriegswitwen-, Kriegswaisen- und Kriegselterngeld im Polizeihauptgebäude, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 66, anzubringen sind. — Alle Auskünfte, die die Kriegshinterbliebenenversorgung betreffen, werden dort erteilt.

* **Vorschriften für den Marmeladenverkauf.** Nach einer Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 29. Dezember 1915 dürfen Marmeladen zum Verkauf nur feilgeboten werden, wenn sie in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise einen Vermerk auf der Verpackung tragen, aus der sich ergibt, welche Sorte (I—V der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 14. Dezember 1915, RGBl. S. 817) den Inhalt bildet. Ferner muß auf der Verpackung in leicht erkennbarer Weise das Gewicht angegeben sein, und zwar entsprechend den Festsetzungen des Herrn Reichskanzlers bei Verpackungen in Fässern oder in sonstigen Gefäßen über 15 Kilogramm das Reingewicht (Nettogewicht), bei anderen Verpackungen das Rohgewicht (Brutto für Netto). Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. September 1915 (RGBl. S. 607 ff.) bestraft. Diese Anordnung tritt am 15. Januar 1916 in Kraft.

* **Die Petroleumhändler** werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, die bei ihnen eingehenden Petroleummarken in längstens zweiwöchentlichen Abschnitten an die Sammelstelle, Wilhelmstraße 48, abzugeben. Die Haushaltungen könnten sonst in die Lage kommen, die ihnen zustehenden Petroleummarken nicht gleichmäßig zu erhalten.

* **Kriegsgewinne der Fabrik** landwirtschaftlicher Maschinen F. Zimmermann u. Ko. In der Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der am Dienstag, den 1. Februar 1916, stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent auf beide Aktiengattungen neben reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen in Vorschlag zu bringen.

* **Fleischlose Tage und Kriegsfischkost.** In der heutigen Nummer finden unsere Leser eine Einladung des Hausfrauenbundes zu einem Vortrage des Sachverständigen der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin, Herrn Dr. Max Witterberg, über fleischlose Tage und Kriegsfischkost. Der Vortrag bezweckt den Nährwert der eiweißhaltigen Dauerfischkost zur Kenntnis weitester Kreise zu bringen, um durch diesen Hinweis einer drohenden Unterernährung entgegenzuarbeiten. Besonders soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Fischkost auch ohne Verwendung von Fett schmackhaft und nahrhaft zubereitet werden kann. Es ist zu wünschen, daß recht viele der Einladung zu dieser Veranstaltung, die auch von der städtischen Teuerungsdeputation unterstützt wird, Folge leisten. Alles Nähere besagt das betreffende Inserat in unserer heutigen Nummer.

* **3. Sinfonie-Konzert des Stadttheaters.** Anläßlich des heute, Sonnabend, stattfindenden 3. Sinfonie-Konzerts macht die Leitung nochmals ganz besonders auf die Solistin des Abends, Frau Claire Dux, aufmerksam. Frau Dux ist nicht nur, wie Dr. Leopold Schmidt in einer Kritik kürzlich schrieb, heute die erste Gesangskünstlerin der Berliner Hofoper, sondern sie ist auch ein Liebling des Konzertpublikums geworden. So mußte sie in einem der letzten Konzerte die vollständige Agathenarie, die sie auch hier zum Vortrag bringen wird, infolge des außergewöhnlichen Beifalls vollständig wiederholen. Der musikalische Leiter des Abends, Herr Kapellmeister Paul Graener, der in letzter Zeit wiederholt mit seinen Werken in München und Zürich sehr große Erfolge erringen konnte, wird sich auch in Halle als Komponist vorstellen, und zwar wird er seine Sinfonie D-Moll zum Vortrag bringen.

* **Stadttheater-Spielplan der nächsten Woche.** Am Sonntag geht nachmittags als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Mozarts Zauberflöte in Szene. Abends kommt zu dem Schwank Herrschaftlicher Diener gesucht die Suppésche Operette Die schöne Galathée zur ersten Aufführung in dieser Spielzeit. Am Donnerstag wird Artur Schnitzlers neuestes Werk Komödie der Worte zum erstenmal in Halle aufgeführt. An Wiederholungen bringt der Spielplan am Montag die Operette Der Bettelstudent, am Dienstag Undine und am Mittwoch Die Jüdin. Das Weihnachtsmärchen Der gestiefelte Kater wird Mittwoch und Sonnabend nachmittags wiederholt.

Im Thalia-Theater wird in dem ausgezeichneten Lustspiel von R. Auernheimer Die große Leidenschaft die bestbekannte Schauspielerin Käthe Basté mit ihrem eigenen Ensemble am Sonntag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, ein einmaliges Gastspiel absolvieren.

* **Vieh- und Krammärkte** finden in diesem Jahre wie folgt statt: Ostermarkt am 13. und 14. April, Pfingstmarkt am 22. und 23. Juni, Michaelismarkt am 11. und 12. September, Martinimarkt am 26. und 27. Oktober. Außer dem großen Herbstmarkt findet der Verkauf von Pferden und Schweinen am ersten Markttage, auf dem Herbstmarkt aber erst am zweiten Tage statt. Der Weihnachtsmarkt endlich wird in der alther gebrachten Weise in den Tagen vom 14. bis 24. Dezember abgehalten.

* **Ueber Arbeitskarten** sagt eine Bekanntmachung: Nach § 11 des Reichsgesetzes vom 30. März 1903 bedürfen bis zur Schulentlassung alle die Kinder einer Arbeitskarte, die als fremde im Sinne des Gesetzes nicht bloß gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen beschäftigt werden sollen. Für Kinder, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen Arbeitskarten in der Regel nicht ausgestellt werden. Ausnahmen sind nur zulässig, falls jüngere Kinder bei Theatervorstellungen mit höherem Kunstinteresse beschäftigt werden. Die Arbeitskarten fertigt das für die Wohnung des Kindes zuständige Polizeirevier aus, jedoch nur für solche Kinder, die hier ihren letzten dauernden Aufenthalt gehabt haben. Der Antrag ist entweder von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes persönlich zu stellen oder es ist die schriftliche und beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters im Polizeirevier vorzulegen. Außerdem ist die Geburtsurkunde oder der Taufschein oder das Familienstammbuch mitzubringen. Die Aushändigung der Arbeitskarte erfolgt nur an den gesetzlichen Vertreter, geeignetenfalls an den Arbeitgeber des Kindes. Die Arbeitskarten werden kosten- und stempelfrei ausgestellt.

* **Wem gehören die Sachen?** Einem hiesiegen Kutscher ist am 13. Dezember 1915 von einem Unbekannten ein kleiner Reisekorb aus Weidengeflecht, 40 Zentimeter lang, 27 Zentimeter hoch, und 26 Zentimeter breit, in der Merseburger oder Prinzenstraße auf den Wagen gestellt worden. Der Inhalt besteht aus 5 weißen Herrenstehkragen, Halsweite 45, mit umgelegten Ecken; darunter sind 3 mit der Firma K. E. Weddy-Poenicke, Halle, und 2 mit F. B. Bulitz, Leipzig, versehen, zwei weißen Damenreformbeinkleidern, weiß gezeichnet A. B., einem weißen Damenbeinkleid, gez. E. B., 1 weißen Damenbeinkleid, blau gezeichnet T., 1 weißen Nachthemd, rot gezeichnet H. B., mit Umlegekragen und Brusttasche. Der Umlegekragen, die Brusttasche und der vordere Besatz sind mit größeren roten und weißen Tupfen versehen, 10 weißleinenen Servietten, weiß gezeichnet H. B., 5 weißleinenen Servietten, weiß gezeichnet J. B., 4 weißen Taschentüchern, weiß gezeichnet J. B., 4 weißen Taschentüchern, weiß gezeichnet H. K., 1 weißen Taschentuch, weiß gezeichnet H., 1 gelben Batisttaschentuch und 2 weißen Tüllblusen ohne Aermel. Da der Korb mit Inhalt aus einem Diebstahl herzurühren scheint, wird der Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalabteilung, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 20 oder 24, zu melden.

* **Betrug.** Die in Erfurt wegen vielfacher Betrügereien festgenommene Schneiderin Elsa Gehricke aus Berlin hat zugegeben, Ende Oktober v. J. sich in einem Goldwarengeschäft in Halle eine goldene Damenuhr erschwindelt zu haben. Den Namen des Geschäftsinhabers und die Straße, in der es belegen ist, will sie nicht angeben können. Die Uhr will sie dann in einem in der Mitte der Stadt belegenen Pelzwarengeschäft für 15 Mk. an eine Frau verkauft haben. Da der Kriminalpolizei eine Anzeige über den Betrug nicht erstattet worden ist, werden der Geschädigte und die Käuferin der Uhr ersucht, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 20 oder 24, zu melden.

* **Herumtreiber.** In der vergangenen Nacht wurden vier junge Burschen, in Nietleben wohnhaft, in einer Badeanstalt an der Mansfelder Straße nächtigend angetroffen und eingeliefert. Sie trieben sich schon seit längerer Zeit umher und hatten in der Badeanstalt auch Diebstähle ausgeführt.

* **Gestohlen** wurden am 5. Januar ein Paket mit einem weißen Deckbett- und einem Kopfkissenbezug, einem weißen Bettuch, 6 weißen Handtüchern, 3 Servietten, sämtlich gez. B. S. im Monogramm, ein Paar schwarzwollenen Strümpfen, ein Paar getragenen schwarzen Schnürschuhen und einem grauen Strickanzug (Hose und Jacke) für einen 12 Jahre alten Knaben; vom 5. zum 6. Januar drei Kisten Zigarren (Weihnachtspackung) zu je 50 Stück; acht Kisten Zigarren zu je 100 Stück, Marke Kronprinz, Nr. 76 und Bundestreue; 22 Kisten desgl. zu je 50 Stück, Marke Perla Oceana, Scharnhorst und Imperator; neun Schachteln Zigaretten zu je 25 Stück, Marke Sleibner und Tacos; 100 Schachteln desgl. zu je 20 Stück, Marke Pandero und Graf York v. Wartenberg.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Im Volkspark findet heute, Sonnabend, in den unteren Räumen ein großes Instrumental-Konzert statt. Unter anderem werden einige hübsche Soli zum Vortrag gelangen. — Am Sonntag ist mitags und abends musikalische Unterhaltung.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr ist großes Konzert vom Orchester Görlach. Auf dem Konzertplatze sind erbeutete französische Festungsgeschütze ausgestellt. Eintrittspreise sind die ermäßigten Kriegs-Eintrittspreise von 30 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder. Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf. (S. Anzeige.)

Walhallatheater. Der Schwank Infanterist Pflaume mit dem rheinischen Komiker Jean Blatzheim als Konservenfabrikant Tobias Pflaume in der Hauptrolle übt allabendlich eine große Zugkraft aus. Das Theater hat lange Zeit nicht solch anhaltende Heiterkeitsausbrüche gehört. Morgen, Sonntag, nachmittag kleine Preise, ein Kind kann jeder Erwachsene frei einführen. In beiden Vorstellungen kommt Infanterist Pflaume zur Darstellung. Es ist der letzte Sonntag, an dem das Stück aufgeführt wird. Die Tageskasse ist Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet, um dist es ratsam, sich tagsüber gute Plätze zu sichern. Montag zum 13. Male: Infanterist Pflaume.

Radewell. Die Diphtheritis, über deren heftiges Auftreten wir schon berichteten, hat sich im Schulbezirk Radewell-Osendorf-Burg derartig verbreitet, daß gestern behördlicherseits die Schließung des Unterrichts angeordnet werden mußte. Die im Schulgebäude untergebrachte Kleinkinderbewahranstalt wurde aus gleichem Grunde innerhalb weniger Wochen zum zweiten Male polizeilich geschlossen. Die gefürchtete Krankheit hat bereits verschiedene Opfer gefordert; einer Familie verstarben, wie wir schon mitteilten, sämtliche Kinder.

Aus der Provinz.

Die Vorbedingung einer guten Ernte.

Ueber die dringend notwendige Verwendung des in unserer Provinz in den Reinsdorfer Werken hergestellten Kalkstoffdüngers sagt das Vereinsblatt eines Bauernvereins in einer Ermahnung an die Landwirte:

„Der Landwirt glaube nur nicht, daß er mit der Düngung in diesem Jahre sparen dürfe! Das wäre angesichts der großen Not unseres Vaterlandes eine verhängnisvolle Sparsamkeit, die sich bitter rächen könnte. Nein, gerade im kommenden Frühjahr müssen unsere Aecker reichlich gedüngt werden, um mit Sicherheit für das nächste Jahr die Ernährung des deutschen Volkes zu gewährleisten. Und zwar ist eine Volldüngung unserer Aecker unerläßlich. Denn wie jeder sachkundige Landwirt weiß, muß die Düngung mit Kali und Phosphorsäure allein wirkungslos bleiben, wenn nicht ein entsprechendes Quantum Stickstoffdünger hinzukommt. Ueberdies „ist Stickstoffdünger" nach dem neuesten Flugblatt der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft „fraglos der souveräne Nährstoff, der die Ernten auf der Mehrzahl unserer Böden beherrscht. Wesentliche Schmälerungen der Stickstoffgaben dürften sich also namentlich bei zu dünner Saat schwer rächen."

Nun aber hat die Kriegslage zur Folge, daß Chilesalpeter, von welchem im Jahre 1913 750 000 Tonnen für Düngezwecke in Deutschland gebraucht wurden, sich nicht auf Lager befindet, da jede Zufuhr für die Dauer des Krieges abgeschnitten ist. Dieser ungeheure Ausfall des bisher am meisten verwendeten Stickstoffdüngemittels, wozu fraglos auch infolge Stillegung vieler Koksöfen ein Mangel an dem bewährten schwefelsauren Ammoniak kommen wird, kann aber, zum Glück, einigermaßen gedeckt werden, weil wir innerhalb unserer Landesgrenzen, in Bayern, am Rhein und in der Provinz Sachsen, drei große Werke haben, welche Kalkstickstoff, das billigste unter den bewährten Stickstoffdüngemitteln, jetzt schon in bedeutenden Quantitäten herstellen. In diesen Werken wird der Stickstoff der Luft auf elektrochemischem Wege nach dem Verfahren von Frank und Caro an Kalk gebunden und als Kalkstickstoff in den Handel gebracht.

Die Eisenbahnabteilung des Generalstabes stellt nun auf unseren Antrag allen deutschen Werken im Interesse der Landwirtschaft die für Herbeischaffung der Rohprodukte sowohl wie für die Abfuhr des fertigen Fabrikats erforderlichen Waggons bereitwillig zur Verfügung.

Die Herstellungskosten werden allerdings während der Kriegsdauer etwas höher sein als in Friedenszeiten. Dennoch aber wird der Kalkstickstoff auch während des Krieges das billigste Stickstoffdüngemittel auf dem Markte sein.

Es kann nun der Landwirtschaft nicht dringend genug empfohlen werden, sich sobald als möglich die erforderlichen Mengen Stickstoff für die Frühjahrsdüngung zu beschaffen, die für die Frühjahrsdüngung erforderlichen Quantitäten möglichst jetzt schon zu beziehen und in gut trockenen Räumen bis zum Frühjahr aufzubewahren. Im Frühjahr, vor Erwachen der Vegetation, soll die Kalkstickstoffgabe als Kopfdünger gegeben werden.

Der Kalkstickstoff wird demnach in diesem Jahre berufen sein, bei dem unvermeidlich eintretenden großen Mangel an Stickstoffdüngern, der Landwirtschaft eine sehr willkommene Hilfe zu bieten."

Das Wittenberger Tageblatt macht zu der oben als dringend empfohlenen eiligen Beförderung von Stickstoff-Kunstdünger noch die recht interessante Mitteilung: Die Bestellungen und Verladungen von Kunstdünger sollten im Monat Januar in

In allen Abteilungen meines Geschäftshauses preiswerte Angebote in reicher Auswahl.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. **Alex Michel** Halle a. d. S., Marktplatz 18, Ecke Kleinschmieden. 4329

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0007

möglichst großem Umfang erfolgen, da die verfügbaren Eisenbahnwagen von Anfang Februar wieder durch andere dringlichere Sendungen stark in Anspruch genommen werden.

Vorsicht an elektrischen Eisenbahnstrecken.

Auf den Bahnstrecken Bitterfeld—Leipzig—Halle werden zurzeit die Vorbereitungen für die Aufnahme elektrischer Zugförderung getroffen. Die Uebertragung des hochgespannten elektrischen Stromes zu den Lokomotiven der Züge erfolgt durch Fahr- und Speiseleitungen, die über oder neben dem Bahnkörper verlaufen. Mit Rücksicht auf die große Lebensgefahr, welche für die auf hochbeladenen Fuhrwerken befindlichen Personen nicht nur bei unmittelbarer Berührung dieser Leitungen, sondern auch mittels Berührung durch Geräte, Peitschen oder deren Schnüre besteht, sind an allen Ueberwegen, die den Bahnkörper in Schienenhöhe kreuzen, Wegeprofile mit Warnungstafeln aufgestellt worden, um die Wagenführer auf die Gefahr der Berührung und zugleich auf die zulässige Ladehöhe aufmerksam zu machen. Diese Ladehöhe darf das Maß von 4,25 Metern über dem Erdboden nicht überschreiten.

Freyburg. Bevölkerungsbewegung im Kriegsjahr. Im Jahre 1915 wurden hier 65 (1914: 113) Kinder geboren; getraut wurden 6 (23) Paare. Diese letztere Zahl ist eine der kleinsten, so lange die Kirche steht, die Durchschnittszahl der letzten Jahre war 30 Paare. Zu bedenken ist, daß etwa der vierte Teil der Erwachsenen im Heere steht. Gestorben sind 56 (64) Personen, außer den im Kriege Gefallenen.

Delitzsch. Die Kollegin bestohlen. Die Dienstmagd Thomas aus Belitz hatte den Reisekorb ihrer Kollegin mit dem Messer aufgeschnitten und diesem einige Kleidungsstücke entnommen. Sie konnte die Kleidungsstücke nicht verwenden, weil diese zu klein waren. Jetzt mußte sie sich wegen Einbruchsdiebstahls verantworten und kam, weil damals noch unbestraft, mit der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis davon.

Sangerhausen. Die Kupfersuche. Die Umarbeitung der Schachthalden bei Bösfeld, Obersdorf und Wettelrode durch die Mansfelder Gewerkschaft zur Kupfergewinnung geht flott vor sich, und das Ergebnis befriedigt, da noch ein reichlicher Prozentsatz an Kupfererzen gefunden wird. 25 bis 30 Mädchen sind dort beschäftigt. Einige Arbeitslose arbeiten mit und besorgen das Umklauben.

Sandersleben. Ein Militärposten angeschossen! In der Nacht zum Donnerstag zwischen 10 und 11 Uhr bemerkte der eine Mann des Doppelpostens, der die Eisenbahnbrücke an der Kreuzung der Strecken Berlin—Sangerhausen und Halle—Halberstadt zu bewachen hat, eine verdächtige Person. Aber er erhielt, ehe er schießen konnte, auf eine Entfernung von zwei Metern einen Schuß in den Rücken. Er gab sofort zwei Schüsse ab, verfehlte aber in der Dunkelheit sein Ziel. Der Soldat wurde mit dem letzten von Halle kommenden Zuge durch Dr. Heißmeier in das städtische Krankenhaus nach Aschersleben überführt. Der Schuß ist aus einem Revolver abgegeben. Man vermutet, daß nicht ein Anschlag auf die sehr wichtige neue Eisenbahnbrücke geplant war, sondern daß ein Racheakt vorliegt. Der Landsturmmann lebte seit längerer Zeit mit seiner Frau in Unfrieden und hat sich in letzter Zeit mit anderen Frauen abgegeben. Trotzdem der an die Bahn grenzende Wald bald nach der Tat mit Polizeihunden abgesucht wurde, fand man vom Täter keine Spur.

Wittenberg. Abgabe von Getreideschrot. Der Stadtgemeinde ist Getreideschrot zur Verteilung an die Schweinebesitzer nach der Anzahl der ½ bis noch nicht 1 Jahr alten Schweine überwiesen worden. Der Verteilung werden die Angaben bei der Viehzählung am 1. Dezember zugrunde gelegt. Der Preis beträgt 16 Pfennig für das Pfund. Die Anweisungen auf das Schrot können innerhalb der nächsten 8 Tage auf der Stadtfischerei in Empfang genommen werden, und zwar gegen sofortige Bezahlung des Kaufpreises. Ueber die bis 20. d. Mts. nicht abgeholten Mengen wird anderweit verfügt werden.

— Auf die Petroleumbezugsscheine wird laut landrätlicher Bekanntmachung für den Monat Januar 1½ Liter Petroleum abgegeben.

— Eine Milchpantscherin. Die Landwirtsfrau Anna Möbius aus Rottleben bei Rotta wurde von der letzten Schöffengerichtssitzung zu der gelinden Strafe von 15 Mk. oder drei Tagen Gefängnis bestraft. Es wurde ihr nachgewiesen, daß sie die Milch bis zu 15 Prozent mit Wasser vermischt hatte.

— Von der Elbe. Vom oberen Elbstromlauf und den dortigen Nebenflüssen wurde gestern durchgängig Fall der Wasserspiegel gemeldet. Der hiesige Brückenpegel ist aber bis jetzt noch gestiegen und dürfte auch noch etwas weiter wachsen, doch besteht nach den günstigen Meldungen von oben vorläufig keine Hochwassergefahr mehr.

Gewerkschaftliches.

Vom Klassenkampf in Amerika.

Ein neuer Riesenprozeß gegen 50 Gewerkschaftler wird in Chikago vorbereitet. Sie sollen während des letzten großen Kampfes in den Baugewerben die verschiedensten Gewalttaten, Erpressungen usw. begangen haben. Die Anklage behauptet, daß die Gewerkschaften besondere Banden organisiertem und bezahlten, um die Arbeitswilligen und Unternehmer zu terrorisieren. Durch diese Banden seien z. B. 1913 Ladenfenster im Werte von über 100 00 Mark. 1914 für über 150 000 Mark zertrümmert worden. Gewissenlose Gewerkschaftsbeamte hätten während des Kampfes über eine Million Mark von den Unternehmern erpreßt und für sich verwendet. Die Angeklagten bestreiten entschieden die ihnen zur Last gelegten Vergehen. Sie wollen vielmehr den Nachweis führen, daß die von den Unternehmern bewaffneten Streikbrecher ein wahres Schreckensregiment führten und daß zahlreiche Verbrechen auf deren Konto kommen. An den zerbrochenen Fenstern hätten die Glasfabrikanten das meiste Interesse und der Umstand, daß auch von ihnen mehrere verhaftet wurden, lasse den Schluß zu, daß die Gewerkschaften auch an diesen Scherben unschuldig seien. Es muß hierzu bemerkt werden, daß in Amerika große wirtschaftliche Kämpfe stets mit großer Erbitterung und unter Anwendung echt amerikanischer Methoden ausgefochten werden. Zahlreiche Tote und Verwundete sind dabei keine Seltenheit und eine Massenverurteilung von Arbeitern krönt manchmal den Sieg der brutalen Gewalt des Kapitals.

Allerlei.

Die Typhusepidemie in Mexiko.

Die Typhusepidemie in Mexiko, die nach Ansicht der Aerzte durch Ungeziefer entstanden ist, fordert nach Meldungen amerikanischer Blätter entsetzliche Opfer. Allein in der Stadt Mexiko sind bisher 11 000 Personen der Seuche erlegen, und täglich sind über 130 Todesfälle zu verzeichnen. Die Behörden suchen die bedrohliche Ausbreitung der Epidemie vor der Bevölkerung zu verheimlichen, um Unruhen vorzubeugen. Die Leichenwagen, die von den Straßenbahnen gezogen werden, verkehren nur des Nachts. Die Ansteckungsgefahr wird durch den in der Stadt herrschenden unglaublichen Schmutz stark erhöht. Die Not der ärmeren Klassen ist unbeschreiblich, denn Aerzteien und Medikamente sind knapp und infolge der hohen Preise fast unerschwinglich. Die Regierung plant wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche. Sie will die Apotheken durch geeignete Bestimmungen zwingen, die erforderlichen Heilmittel an die Bedürftigen zu ganz niedrigen Preisen abzugeben.

Heißt ein — Kriegsgeschäft . . .

Die Strafkammer in Detmold sprach zwei Fabrikanten aus Lemgo von der Anklage, die Heeresverwaltung bei Lieferungen in Kriegszeiten benachteiligt zu haben frei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Möbelfabrikant Kopka in Herford von der Heeresverwaltung 400 Schlitten zum Preise von 360 Mk. für das Stück übernommen hatte. Er gab den Auftrag teilweise an einen der Angeklagten weiter, der sich verpflichtete, die Schlitten mit Ausnahme einiger Beschlagteile für 80 Mk. (!) zu liefern. Dieser war aber auch nicht Selbstverfertiger! Der Hersteller, der zweite Angeklagte, bekam für einen Schlitten nur 56 Mk. (!).

Verzicht der Königin von Rumänien auf ihre Zivilliste. Laut Independance Roumaine verzichtet die Königin Elisabeth von Rumänien für die ganze Dauer ihres Lebens auf die Einkünfte aus der Zivilliste. Sie beschloß, die ihr aus dieser Quelle zustehende Summe von jährlich 300 000 Frank für öffentliche Zwecke zu verwenden. Ihren Entschluß verfügte sie mit rückwirkender Kraft auf das Jahr 1915. Der Betrag für das vergangene Jahr soll für die Kanalisierung des Ortes Curtea-de-Argesch zur Verfügung gestellt werden. Die Summe aus dem Jahre 1916 ist für die Errichtung eines Offizierserholungsheims in demselben Orte bestimmt.

Ein blinder Volksschullehrer. Lehrer [illegible] Ausbruch des Krieges in einer Görlitzer Volksschule amtierte, hat im Kriege das Augenlicht auf beiden Augen verloren. Er hat trotzdem vor einiger Zeit wiederum Anstellung im Volksschuldienst zu Görlitz gefunden und unterrichtet mit staunenswertem Erfolge seine Schüler in Religion, Geschichte und Gesang. Seine junge Ehefrau wohnt dem Unterrichte bei und hält für Ruhe und Ordnung in der Klasse.

Blühende Mandelbäume. Die Pfälzische Presse meldet aus Weinheim: In einigen Höhenlagen haben infolge der ungewöhnlich milden Witterung der letzten Zeit die Mandelbäume teilweise schon ihr volles weißes Blütenkleid angelegt, eine für Januar äußerst seltene Erscheinung. Da der Boden durchwärmt ist, so ist anzunehmen, daß die Frühblüher ihre Frucht ansetzen, falls nicht gar zu strenger Frost kommt. In früheren Jahren hat man im Februar blühende Mandelbäume beobachtet, die der rauhen Witterung gut widerstanden haben.

Die Rattenplage in Petersburg. Aus Petersburg wird gemeldet: Die Börsenzeitung schildert die furchtbare Rattenplage in Petersburg. Die Ratten sind mit den Flüchtlingen aus Polen nach der Hauptstadt geschleppt worden. Sie sind als Seuchenträger zweifellos sehr gefährlich.

Die Brotkarte in der Schweiz. Wie die Berner Tagwacht hört, beschäftigt man sich im Schweizer Bundesrat mit dem Gedanken der Einführung der Brotkarte. Wenn sich die Zufuhrmöglichkeiten in den nächsten Wochen nicht bessern, rechnet man damit, daß in etwa zwei Monaten auch in der Schweiz Brotkarten eingeführt werden müssen.

Briefkasten der Redaktion.

F. G. in M. Eine Verpflichtung zur Zahlung der Kriegsunterstützung für dieses nur angenommene Kind besteht nicht. Sie können aber Armenunterstützung dafür verlangen und wenn Sie diese nicht erhalten, das Kind der Armenbehörde zur Verfügung stellen.

B. S. 100. Eine Strafe wird unausbleiblich sein. Wie hoch diese sein wird, läßt sich vorher nicht sagen. Das kommt auf das Ermessen des Gerichts an. Der Wert der gestohlenen Sachen ist nicht allein ausschlaggebend.

A. B. 100. Wenn Ihre Sachdarstellung richtig ist, brauchen Sie nicht sofort auszuziehen. Da Sie zudem Kriegerfrau sind, kann eine Räumungsklage nur schwer durchgeführt werden.

*1564

Künstliche Zähne
in allen Ausführungen.
Behandlung kranker Zähne.
Vorzugsweise schmerzloses Zahnziehen, soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt (vormals Britannia), Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Sehr mässige Preise.
Fernruf 3865. 4314

Wassersüchtige!
Nur Hydropsal, amtlich (Alkaloide) giftfrei befunden, bringt garantiert schmerzlose Entleerung. Anschwellungen schwinden, Atem wird leichter, Herz ruhig, Druck im Magen verliert sich. Preis p. Drig.-Flasche m. Anweisung 4.75 ℳ, wird auf Bestellung zugesandt. *1560
Hirsch-Apotheke, Marktplatz 17.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Irrigatoren (Spülapparate, Spülkannen), Spülpulver.
4332 Gummiwarenhaus C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41, Ecke Kaulenberg.

4334
S. Weiss Am Markt

Sehr preiswerte Herren- und Jünglings-Kleidung.
Anzüge in bester, moderner Verarbeitung, hell u. dunkel gemustert, von 19.00 an
Ulster, mit und ohne Gurt u. Falte, in vielseitiger Farbenwahl . . . . von 18.00 an
Paletots, dunkle Stoffe, mit u. ohne Samtkragen, schwarz u. d'grau . . von 17.00 an
Joppen, mit und ohne Falte, graue und grüne Lodenstoffe . . . . . von 8.75 an
Beinkleider, vornehme Streifen-Muster in dauerhaften Stoffen . . von 3.75 an
Farbige Oberhemden 2.90
Einsatz-Hemden 2.45

Sehr preiswerte Knaben-Bekleidung.
Kittel-Anzüge in schöner Farbenwahl, für 2—4 Jahre . 4.75
Prinz Heinrich-Anzüge mit Ueberkragen, 3—10 Jahre 7.50
Schul-Anzug, hochgeschlossen, haltbarer Stoff, 3—10 Jahre 4.50
Kieler Mäntel, warm gefüttert 6.75
Stoff-Leibchen-Hosen . . . —.98
Stoff-Knie-Hosen 2.65
Manchester-Hosen 2.25
Farbige Westen 2.00
Kragen, 4fach . . . . . ¾ Dtzd. 1.25

Glacé-Handschuhe 1.85
Nappa-Handschuhe . . . 3.10
Glacéisderwesten . . . 22.00
Leder-Pelzwesten sowie sämtliche Leder-Bekleidung.

Inventur-Ausverkauf in den nebenstehenden Artikeln zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Pelz-Aermelwesten . . 17.00
Wasserd. Ueberziehwesten 5.50
Pelz-Ueberziehhosen . . 24.00
Herren-Stiefel echt Boxcalf u. Chevreaux 12.00
Konfirmanden-Stiefel . . 11.50

Abfallseife
Nur noch diesen Monat: Pfund nur 35 Pfg. 5 Pfund 1.65 Mk.
Seifengeschäft, 4278] Niemeyerstr. 11.

Hasenfelle kaufen 4120
Gebr. Danglowitz, Fellhandlung, Fischerplatz 2.

Lumpen, Knochen, Eisen, 4266 Metalle, Gummi kauft Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Schlleder-Ausschnitt, Schuhmacher-Artikel. 4267
J. Noah, Gr. Klausst. 7.

Echte Briefmarken aller Länder billigst.
Volksbuchhandlung Halle (Saale), Harz 42/44.

Arbeitsmarkt.
Erdarbeiter werden eingestellt *1546
Baustelle Mühlgraben am Jägerplatz.

Suche sofort oder Ostern einen Barbier-Lehrling. *1562
Franz Mitreuter, Schraplau.

Violin- u. Klavier-Unterricht erteilt A. May, Torstr. 49. 4264

Möbel-Transporte führt aus Albert Ackermann, Mühlberg 10, a. d. Kl. Ulrichstr. Telephon 2911.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160108-12/fragment/page=0008